



Fachbereich 1

Vorstandsbüro

1.14 – Projekt Leitlinien Bürgerbeteiligung

Erika Hannich

Telefon: 0157-79056072

E-Mail: leitlinien.projekt@detmold.de

DETMOLD

Kulturstadt
im Teutoburger Wald

Detmold, 17.02.16

PROTOKOLL

4. Sitzung Arbeitsgruppe Leitlinien Bürgerbeteiligung am 21. Januar 2016

Beginn: 18.05 Uhr – Ende 21.25 Uhr

Raum: Großer Sitzungssaal, Rathaus

Teilnehmende aus der Verwaltung:

Gleichstellungsstelle

Frau Regina Homeyer

Fachbereich 1 – Bürgerdialog

Frau Ute Ehren

Fachbereich 1 – Finanzen und Steuern

Herr Daniel Klei

Fachbereich 2 – Schule, Jugend und Soziales

Frau Sandra Linnenbecker

Fachbereich 5 – Tiefbau und Immobilienmanagement

Herr Detlef Wehrmann

Fachbereich 6 – Stadtentwicklung

Frau Hoyer-Witte

Fachbereich 7 – Städtische Betriebe

Herr Johann Bergmann

Fachbereich 8 – Kultur, Tourismus, Marketing

Frau Astrid Diekmann

Frau Knoll nimmt nicht mehr an der Arbeitsgruppe teil. Ihre Aufgabe hat Frau Linnenbecker übernommen.

Teilnehmende aus der Politik:

SPD

Ratsfrau Christ-Dore-Richter

FDP

Ratsherr Thomas Trappmann

Freie Wähler

Ratsherr Rüdiger Krentz

Die Linke

Ratsherr Lothar Kowelek

Aufbruch C

sachkundiger Bürger Harry Rein

Detmolder Alternative

Ratsherr Heinz-Jürgen Keller

(ab 19:45 Uhr aus gesundheitlichen Gründen abwesend.)

Herr Fasse, sachkundiger Bürger, CDU, fehlt unentschuldigt.

Frau Wittek fehlt entschuldigt.

Teilnehmende aus der Bürgerschaft:

Frau Tina Catterfeld

Herr Thomas Pelz

Herr Rafet Yilmaz

Frau Hager und Frau Scharbatke haben sich aus der Arbeitsgruppe abgemeldet. Für Frau Hager nimmt künftig Frau Catterfeld teil. Für Frau Scharbatke muss noch eine Ersatzperson gefunden werden.

Frau Varnholt, Frau Friebe, Herr Krumwiede und Herr Schröder fehlen entschuldigt.

Einführung in den Tag

Ute Ehren informiert über die bereits stattgefundenen und anstehenden Umbesetzungen bei den Arbeitsgruppen-Teilnehmenden. Pressearbeit ist bisher noch nicht erfolgt. Sobald eine Pressemitteilung verschickt werden soll, wird sie vorher mit der Arbeitsgruppe abgesprochen.

Marion Stock stellt die Inhalte der kommenden Termine vor – siehe Anlage 1.

Übersicht gewinnen: formelle und informelle Bürgerbeteiligungsprozesse

Ute Ehren: Beitrag Übersicht formelle und informelle Bürgerbeteiligung – siehe Anlage 2.

Detlef Wehrmann stellt einige Beispiele der freiwilligen Bürgerbeteiligung in seinem Bereich vor. Er nennt die Projekte Volkwinstraße, Winkelweg, Blomberger Straße, Willy-Brandt-Platz, Verkehrsbündnis Hiddesen sowie Heidenoldendorf, wo freiwillige Bürgerbeteiligung stattgefunden hat bzw. noch stattfindet. An formeller Bürgerbeteiligung gibt es in dem Bereich „Straßen und Kanäle“ nur die Anhörungen über die anfallenden Anliegerkosten.

Frau Hoyer-Witte erklärt, dass es im Bereich Stadtentwicklung formelle Bürgerbeteiligung auf der Grundlage des Baugesetzbuches gibt. Bebauungspläne werden ausgehangen und es gibt Bürgeranhörungen zu den Projekten. Frühzeitige Bürgerbeteiligung findet auch mit Bekanntmachungen im Internet, im Kreisblatt, in der LZ, mit Aushängen unter der Rathaustreppe sowie in Form von Broschüren statt. Formelle Bürgerbeteiligungsverfahren werden auch durch informelle Aktionen - wie z. B. Lärmaktionsplan, ISEK-Verfahren, Ausstellungen im Rathaus – unterstützt.

Zusammenfassende Betrachtung: Für welche Beteiligungsprozesse sollen die Leitlinien gelten?

Die Gruppe einigt sich auf folgende Grundlage für die Leitlinien Bürgerbeteiligung:

:

- Die in der Gruppe erarbeiteten Qualitätskriterien gelten für informelle und formelle Prozesse der Bürgerbeteiligung – im Rahmen der rechtlichen Bedingungen.
- Die Leitlinien haben die formelle und informelle Bürgerbeteiligung zum Gegenstand.
- Formelle und informelle Bürgerbeteiligung **soll** verknüpft werden.

Etablierung einer Vorhabenliste im Rahmen der Leitlinien Bürgerbeteiligung

Die Teilnehmenden sind einstimmig der Meinung, dass die Vorhabenliste ein sinnvolles Instrument für ein gelingendes Zusammenspiel zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung und Politik ist. Der Vorschlag wird diskutiert und folgende Punkte sind den Teilnehmer/-innen besonders wichtig:

- Transparenz und Frühzeitigkeit
- Es sollen Vorhaben mit und ohne Bürgerbeteiligung auf der Liste erscheinen
- Der RAT soll entscheiden – offizieller Tagesordnungspunkt! - welche Vorhaben in die Vorhabenliste kommen und somit veröffentlicht werden. Hierbei muss klar sein, dass über einen Eintrag in die Vorhabenliste entschieden werden soll und nicht über das Projekt an sich bzw. den Finanzrahmen dafür!
- Der HFA scheidet als Entscheidungsgremium aus, da dort die kleineren Parteien kein Beratungsrecht haben.
- Geklärt werden muss noch, ob der Rat die Entscheidungen über die Einträge in die Vorhabenliste öffentlich oder nicht öffentlich vornimmt.
- Die Vorhabenliste soll vierteljährlich aktualisiert werden

Unklarheit besteht darüber, was in die Vorhabenliste aufgenommen werden soll:

- Satzungsangelegenheiten?
- Parkraumbewirtschaftung?
- Neustrukturierung von Events?
- Schulschließungen, Standortverlegungen von Schulen, Zusammenschlüsse von Schulen oder Kindergärten?
- Gebührenerhöhungen?
- Prioritäten von Geldausgaben / Investitionen?
- Bürgerhaushalt?

Eine konkrete Diskussion dazu soll es beim Workshop im Februar geben. Zur Vorbereitung werden von Marion Stock Auszüge aus Vorhabenlisten anderer Kommunen zusammengestellt, um eine Diskussionsgrundlage zu haben, welche Vorhaben auf die Liste kommen sollen.

Marion Stock und Ute Ehren bitten um Rückmeldungen an Erika Hannich (leitlinien.projekt@detmold.de), was aus Sicht der Teilnehmer/-innen auf der Vorhabenliste stehen und was ihrer Ansicht nach dort nicht aufgeführt werden sollte.

Frau Stock erinnert an den nächsten Termin

**Workshop am Samstag, 27. Februar 2016
von 10.00 bis 17.00 Uhr im großen Sitzungssaal im Rathaus.**

Themenspeicher:

- Die Arbeitsgruppe spricht bewusst von der Beteiligung von Einwohner/-innen. Soll vor diesem Hintergrund der Name für „Bürgerbeteiligung“ verwendet werden? Soll ein alternativer Begriff verwendet werden? Welcher könnte das sein?
- Bürgerhaushalt?

Frau Stock fragt, wie die Sitzung war und was die Teilnehmenden daraus mitnehmen?

Folgende wichtige Punkte werden u. a. genannt:

- Es war konstruktiv und inhaltsreich.
- Wir brauchen viele Marathonläufer, um an Bord zu bleiben.
- Wichtiges Ziel: Bürgerbeteiligung!
- Berücksichtigt werden muss, dass in der Verwaltung das Personal „am Stock geht“.
- Bei Bürgerbeteiligung kommen nur Minderheiten zu Gehör.
- Leute aus der Verwaltung sagen meistens „das geht nicht!“
- Sitzung war sehr konkret und konstruktiv, man merkt, dass es voran geht!
- Mehr Bürgerschaft bei den Sitzungen wäre wünschenswert.
- Es ist eine Herausforderung, zu einem Ergebnis zu kommen, womit hinterher viele zufrieden sind.
- Mehr Gestaltungsmöglichkeiten für die Bürger, auch für Menschen mit Behinderungen und Jugendliche!
- Machbarkeitswunschliste?
- Aus Visionen erwächst Zukunft!
- Vorhabenliste sollte überschaubar sein.
- Neuer Politikstil ist gewünscht: Politiker und Bürger müssen viel mehr miteinander reden!



- Bürgerbeteiligung muss mehr Verpflichtung für die Politik sein!
- Verwaltung muss einbezogen werden, alle müssen miteinander sprechen!
- Die Vorhabenliste macht „Bauchschmerzen“. Mit ihr wird der Verwaltung die Flexibilität genommen.
- Aus der Vorhabenliste bekommt die Kämmerei alle Informationen, die für sie wichtig sind.

Auf Wunsch der Arbeitsgruppe wird der Link zum Bürgerinfo-Portal (enthält Dokumente zu allen Rats- und Ausschusssitzungen) genannt: <https://sessionnet.krz.de/detmold/bi/infobi.asp>

Der Link ist auch über die Startseite www.detmold.de Button „Rat und Ausschüsse“ zu finden.

gez. Ute Ehren
Organisatorin und
Ansprechpartnerin Bürgerdialog

gez. Erika Hannich
Protokollführerin

Anlage 1: Präsentation Marion Stock

Anlage 2: Beitrag Ehren



Detmold, 11.03.16

(korrigiertes) ERGEBNIS-PROTOKOLL

5. Sitzung Arbeitsgruppe Leitlinien Bürgerbeteiligung Workshop am 27. Februar 2016

Beginn: 10.05 Uhr – Ende 17.20 Uhr
Raum: Großer Sitzungssaal, Rathaus

Teilnehmende aus der Verwaltung:

Fachbereich 1 – Bürgerdialog	Frau Ute Ehren
Fachbereich 1 – Finanzen und Steuern	Herr Daniel Klei
Fachbereich 2 – Schule, Jugend und Soziales	Frau Sandra Linnenbecker
Fachbereich 5 – Tiefbau und Immobilienmanagement	Herr Detlef Wehrmann
Fachbereich 6 – Stadtentwicklung	Frau Hoyer-Witte
Fachbereich 8 – Kultur, Tourismus, Marketing	Frau Astrid Diekmann

Herr Johann Bergmann, Fachbereich Städtische Betriebe, und Frau Regina Homeyer, Gleichstellungsstelle, fehlen entschuldigt.

Teilnehmende aus der Politik:

SPD	Ratsfrau Christ-Dore-Richter
B90/Die Grünen	Ratsfrau Elke Wittek
FDP	Ratsherr Thomas Trappmann
Freie Wähler	Ratsherr Rüdiger Krentz
Die Linke	Ratsherr Lothar Kowelek
Aufbruch C	sachkundiger Bürger Harry Rein
Detmolder Alternative	Ratsherr Heinz-Jürgen Keller

Herr Marc Fasse, sachkundiger Bürger, CDU, fehlt unentschuldigt.

Teilnehmende aus der Bürgerschaft:

Frau Tina Catterfeld
Frau Karla Friebe
Herr Udo Krumwiede
Herr Rafet Yilmaz

Herr Pelz und Herr Schröder fehlen entschuldigt.

Frau Varnholt fehlt unentschuldigt.

Für Frau Scharbatke konnte noch keine Ersatzperson gefunden werden.

1. Stand der Dinge in der Diskussion um die Vorhabenliste und Fragestellungen für den heutigen Tag

Siehe Folien zum Beitrag von Marion Stock im Anhang 1

2. Welche Vorhaben und Projekte sollen in Detmold auf die Vorhabenliste?

Zusammentragen von Vorschlägen, Ideen und Sichtweisen & gemeinsame Diskussion

Rahmen für die Aufnahme von Planungen auf die Vorhabenliste Vorschlag von Marion Stock und Ute Ehren

Vorhaben im Sinne der Vorhabenliste sind Vorhaben und Projekte der Stadt Detmold, die von öffentlichem Interesse sind bzw. an denen eine größere Zahl von Einwohner/innen - bezogen auf die Gesamtstadt oder Teilbereiche der Stadt - interessiert sind oder sein könnten. Die Gruppe spricht sich dafür aus, dass die Aufnahme von Projekten auf die Vorhabenliste großzügig auszugestalten und möglichst viele in der Liste aufzunehmen.

Die bislang von den Mitgliedern der Gruppe benannten potenziellen Vorhaben/Projekte für die Vorhabenliste werden in der Gruppe gemeinsam eingeordnet. Fragen sind: Welche Projekte/Vorhaben sollen auf die Vorhabenliste gesetzt werden? Welche nicht?

Hier die Ergebnisse der Diskussion, die auch als einvernehmlicher Beschluss der Gruppe festgehalten wird:

Auf die Vorhabenliste sollen z.B. folgende Planungen gesetzt werden:

Die Liste ist dabei nicht abschließend, sondern stammt aus einem Brainstorming. Die Inhalte der Vorhabenliste sollen nach Themen und Ortsteilen sortierbar sein. Auf der Vorhabenliste sollen Vorhaben/Planungen mit und ohne Bürgerbeteiligung stehen. Marion Stock und Ute Ehren haben im Nachgang zum Treffen ergänzend eine erste Zuordnung der Vorhaben zu Themenfeldern vorgenommen, die nicht mit den zuständigen Fachbereichen abgesprochen ist und deswegen nur ein Anhaltspunkt ist, wie es aussehen könnte. (Mehrfachnennungen möglich)

themenübergreifend (alle Themenbereiche)

- Satzungsangelegenheiten

Finanzfragen

- Eckdaten Haushaltsentwurf
- Prioritäten von Geldausgaben / Investitionen
- Gebührenerhöhungen
- Entscheidungen / Beschlüsse über Gebühren, Steuern
- Bürgerhaushalt Einführung
- Grundstücksgeschäfte; alles, was im öffentlichen Teil der Ausschüsse etc. diskutiert werden kann

Verkehr, Mobilität und ÖPNV

- Kanal- /Straßensanierung und -bau
- Verkehrsangelegenheiten
- Tunnel-Durchstich Bahnhof – Kronenplatz
- Ausbau der Landstraße 758
- Planfeststellungsverfahren L 958
- Parkraumbewirtschaftung
- Umgestaltung Röntgenstraße
- Lebensmittelmarkt am Hasselter Platz (Verkehrsregelung)

Stadtplanung und Stadtentwicklung

- Neugestaltung Kaiser-Wilhelm-Platz
- Konversion Briten-Viertel
- Umgestaltung Röntgenstraße
- Parkraumbewirtschaftung
- Lebensmittelmarkt am Hasselter Platz

Bauen und Wohnen

- Fernwärmespeicher im Bereich Bahndamm
- bauliche Vorhaben
- Kanal- /Straßensanierung und -bau
- größere bauliche Vorhaben, Schweinestall Bsp.
- bauliche Vorhaben allg.

Kultur und Wissenschaft, Bildung

- geplante Einführungen von neuen Veranstaltungen
- Ergebnisse Theatergruppe "Fragile" z.B. Badensee
- Schulschließungen, Standortverlegungen von Schulen, Zusammenschlüsse von Schulen oder Kindergärten
- Events

Schule

Schulschließungen, Standortverlegungen von Schulen, Zusammenschlüsse von Schulen oder Kindergärten

Wirtschaft und Tourismus, Arbeit

- Lebensmittelmarkt am Hasselter Platz
- Änderungen bei / für "traditionelle/-n" Veranstaltungen (z.B. Andreasmesse etc.)

Kinder, Jugend und Familie, Senioren

- Ergebnisse Projekt Urban Area z.B. Anliegen Jugend
- Ergebnisse Theatergruppe "Fragile" z.B. Badensee
- Schulschließungen, Standortverlegungen von Schulen, Zusammenschlüsse von Schulen oder Kindergärten
- Änderungen bei / für "traditionelle/-n" Veranstaltungen (z.B. Andreasmesse etc.)

Vorhaben/Projekte sollen nicht in die Vorhabenliste aufgenommen werden, wenn:

- es sich um Personalentscheidungen handelt
- Einzelinteressen betroffen sind
- es sich um Details von Grundstücksfragen (Geheimhaltung, z. B. Kaufpreise) handelt
- Organisationsstrukturen nach Gemeindeordnung betroffen sind bzw. wenn sie in die Entscheidungsgewalt des Bürgermeisters fallen
- rechtliche Rahmenbedingungen dagegen sprechen

Einigkeit besteht in der Gruppe darüber, dass die Beratung und der Beschluss, was auf die Vorhabenliste gesetzt wird, alle drei Monate durch den Rat erfolgen soll. Es soll aber auch geprüft werden, ob ein Beschluss durch einen (noch zu gründenden) Beteiligungsausschuss möglich wäre.

Die Gruppe hat zudem festgestellt, dass es wichtig ist, im weiteren Prozess folgende Aspekte bzw. Fragen zu bearbeiten:

- Wie soll die Koordination der Bürgerbeteiligung in Detmold organisiert werden?
- Soll es einen Beteiligungsausschuss oder einen –beirat geben?

3. Wer kann wann und wie Bürgerbeteiligung anregen/beantragen?

Anregungen, Vorhaben auf die Vorhabenliste zu setzen

Die Gruppe ist sich einig:

Grundsätzlich sollte jeder Einwohner und jede Einwohnerin Detmolds ab 14 Jahren Anregungen in Bezug auf die Vorhabenliste geben bzw. Anträge einreichen können.

Offen ist noch, ob auch die folgenden Institutionen Anregungen geben / Anträge stellen können:

- Firmen und ähnliches die in Detmold ansässig sind
- Grundstückseigentümer, die nicht in Detmold wohnen
- Vereine und Institutionen sowie private Investoren.

Die Vorhabenliste soll ein Instrument der Stadt sein. Es wird jedoch vorgeschlagen, sie für Einwohner/-innen zu öffnen. Es könnte zusätzlich als Bestandteil eine „Ideenliste“ geben, wo sich zur Umsetzung von ehrenamtlichen Projekten Bürgerinnen und Bürger zusammen finden. Es sollen alle Ideen geprüft, und bei einem entsprechenden „Reifegrad“ in dieses Ideenportal aufgenommen werden,

Da Anregungen /Anträge sicherlich unterschiedliche „Reifegrade“ haben werden und es sich zum Teil auch um erste Ideen handeln wird, besteht derzeit die Überlegung die Anregungen in zwei Kategorien einzuteilen:

- Ideen und Anregungen die (zunächst) in einem Ideenportal aufgenommen und weiterentwickelt werden
(Ideen gehen bisher ans KuK-Büro oder werden gem. § 24 GO an den Rat gerichtet.)
- Anregungen und Anträge direkt für die Vorhabenliste

Dies soll noch vertiefend diskutiert werden. Dabei stellt sich auch die Frage, ab wann eine Anregung als Vorhaben eingestuft werden kann und soll.

4. Wer prüft diese Anregungen und Anträge? Wer entscheidet darüber?

In einem Brainstorming werden erste Ideen zur Entscheidungsfindung in Bezug auf die Entscheidungen rund um Vorhabenliste und Bürgerbeteiligung zusammengetragen. Folgende Fragen stehen zur Diskussion:

1. Soll es einen Beirat oder Ausschuss für Bürgerbeteiligung geben?
2. Wie soll sich das Gremium zusammensetzen?
3. Welche Kompetenzen und Aufgaben soll es haben?

Zu 1:

- Das Gremium sollte Beschlussfähigkeit besitzen; eher wie ein Ausschuss; entsprechend der Gemeindeordnung (mit denselben Rechten und Pflichten wie alle Ausschüsse)
- Könnte evtl. die Experimentierklausel in der Gemeindeordnung bei der Einrichtung des Gremiums hilfreich sein?

zu 2:

ähnliche Zusammensetzung wie Arbeitsgruppe Leitlinien

Zu 3:

- Aufgaben:
Qualitätssicherung, Umsetzung von Bürgerbeteiligung, Anregung, Fortschreibung
- Rechte des Rates – entsprechend Gemeindeordnung – bleiben unberührt
- Zuständigkeiten der Fachausschüsse werden eingehalten
- Sollte der Ausschuss ein Budget haben?

5. Koordinationsaufgaben im Rahmen der Umsetzung der Leitlinien

- Vorhabenliste:
 - Prüfung der Inhalte (Plausibilität und Vollständigkeit)
 - Pflege der Vorhabenliste
 - kontinuierliche Aktualisierung, verständliche Information (kein Verwaltungsdeutsch)
- nachvollziehbare Information gewährleisten
- Betreuung des Gremiums
- Qualitätssicherung Bürgerbeteiligung
- Presse-/Öffentlichkeitsarbeit, Rückspiegelung in die Bürgerschaft
- Terminplanung
- Protokolle

- Infoveranstaltungen zur Bürgerbeteiligung
 - Beratung zu Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten für alle Altersgruppen
 - Ansprechfunktion für Bürgerbeteiligung
 - (Beratung Ideenplattform)
 - Bündelung verwaltungsinterner Prozesse
 - Stellenbeschreibung
 - Moderation (im kleinen Rahmen Moderationsberatung)
 - Organisation von Bürgerbeteiligung
 - Informations-Veranstaltungen in Schulen o. ä., dass es Bürgerbeteiligung gibt
- Die Liste ist nicht abschließend.

Diese Funktion sollte hauptamtlich besetzt und mit einem Budget ausgestattet werden.

6. Das Vorhabenblatt mit Inhalten füllen. Zusammentragen einer kurzen Vorhabenliste mit Beispielen der Gruppenmitglieder

In 4 kleinen Gruppen werden Vorhaben-Blätter zur Vorhabenliste ausgefüllt, und zwar mit folgenden Beispielen:

- Gruppe 1: Aufhebung der Baumschutzsatzung
- Gruppe 2: Neubau Parkhaus Finanzamt – Schaffung von zusätzlichem Parkraum
- Gruppe 3: Naturbadesee – Anlage eines selbstreinigenden Badegewässers in naturnaher Landschaft mit ehrenamtlicher Bürgerbeteiligung
- Gruppe 4: Bau von Sozialwohnungen für die Stadt Detmold und als 2. Vorhaben: Badesee in Britensiedlung

Erkenntnisse aus der Arbeit in den Kleingruppen:

Auch Teilschritte eines Vorhabens können mit Bürgerbeteiligung gestaltet werden. Beim Ausfüllen der Vorhaben-Blätter wird deutlich, dass es einer Begründung bedarf, warum keine Bürgerbeteiligung stattfinden kann/soll.

7. Themenspeicher

In die Präambel der Leitlinien soll aufgenommen werden: Rahmen der Leitlinien ist die repräsentative Demokratie; Möglichkeiten und Grenzen der Beteiligung aufzeigen.

8. Schlussfolgerungen zum Workshop: Wie war der Tag? Was nehmen Sie mit?

- Es hat sich gelohnt, die Praxis von Bürgerbeteiligung wird immer deutlicher.
- Wir sind einen großen Schritt weiter gekommen, was die Konkretisierung verschiedener Punkte betrifft.
- Endlich kann ausführlich in den Fraktionsbüros berichtet werden.
- Es gab angenehme Gespräche und es wurden gute Beschlüsse gefasst.
- Der Tag war besser, als eine Sitzung nach einem Arbeitstag. Wir haben uns große Sachen vorgenommen, aber wenn weiter so konstruktiv gearbeitet wird, kann das was werden.
- Heute ist mehr Licht ins Dunkel gekommen!

- Die Sorgen wachsen, ob die von der Arbeitsgruppe gefassten Beschlüsse von den Politikern mitgetragen werden.
- Der gute Vorbereitungscharakter, das Material, welches vorab von Marion Stock und Ute Ehren zur Verfügung gestellt wird, wird sehr geschätzt.
- Ideen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern sollen zunächst weiterhin über das KuK-Büro in die Fachbereiche gebracht werden.

Das nächste Treffen der Arbeitsgruppe wird **am Dienstag, den 8. März 2016, um 18.00 Uhr** am selben Ort stattfinden.

gez. Ute Ehren
Organisatorin und
Ansprechpartnerin Bürgerdialog

gez. Marion Stock
Stiftung Mitarbeit
Moderation und fachliche
Begleitung



ERGEBNIS-PROTOKOLL

6. Sitzung Arbeitskreis Leitlinien Bürgerbeteiligung am 8. März 2016

Beginn: 18.05 Uhr – Ende 21.20 Uhr
Raum: Großer Sitzungssaal, Rathaus

Teilnehmende aus der Verwaltung:

Fachbereich 1 – Bürgerdialog	Frau Ute Ehren
Fachbereich 1 – Finanzen und Steuern	Herr Daniel Klei
Fachbereich 2 – Schule, Jugend und Soziales	Frau Sandra Linnenbecker ab 19.30 Uhr
Fachbereich 5 – Tiefbau und Immobilienmanagement	Herr Detlef Wehrmann
Fachbereich 7 – Städtische Betriebe	Herr Bergmann

Frau Hoyer-Witte, Fachbereich 6/Stadtentwicklung und Frau Regina Homeyer, Gleichstellungsstelle, fehlen entschuldigt.

Frau Astrid Diekmann, Fachbereich 8/Kultur, Tourismus, Marketing, fehlt unentschuldigt.

Teilnehmende aus der Politik:

SPD	Ratsfrau Christ-Dore-Richter
FDP	Ratsherr Thomas Trappmann
Freie Wähler	Ratsherr Rüdiger Krentz
Aufbruch C	sachkundiger Bürger Harry Rein
Detmolder Alternative	Ratsherr Heinz-Jürgen Keller

Frau Elke Wittek, B90/Die Grünen, Herr Lothar Kowelek, Die Linke, sowie Herr Marc Fasse, sachkundiger Bürger, CDU, fehlen entschuldigt.

Teilnehmende aus der Bürgerschaft:

Herr Andreas Schröder
Herr Udo Krumwiede
Herr Rafet Yilmaz

Frau Tina Catterfeld, Frau Karla Friebe Herr Thomas Pelz und Frau Anika Varnholt fehlen entschuldigt.

1. Anmerkungen zum Protokoll und Besetzung der AG

Herr Klei merkt zum Protokoll auf Seite 4 an, dass dort stehe, der Rat soll die Vorhabenliste alle 3 Monate aktualisieren. Es habe aber Einigkeit darüber bestanden, dass diese Aufgabe das Bürgerbeteiligungs-Gremium übernehmen soll. Herr Klei bittet um entsprechende Protokoll-Änderung. Frau Ehren sagt zu, dass das Protokoll entsprechend verdeutlicht wird, denn eine Entscheidungsfähigkeit des Gremiums ist noch unklar.

Für die ausgeschiedene Vertreterin der Bürgerschaft Frau Scharbatke soll kein Ersatz mehr gesucht werden, entscheidet die AG einvernehmlich nach Diskussion. Wegen der aufwändigen Einarbeitung soll die Besetzung der Bürger/-innen-Gruppe mit nur 7 Menschen in Kauf genommen werden.

2. Besetzung und Rechtsform des Bürgerbeteiligungs-Gremiums

(Abb. Stellwand 1 Gremium) Abbildungen am Ende des Protokolls

In der 5. Sitzung wurde die Anforderung formuliert, dass es ein Bürgerbeteiligungs-Gremium geben soll, das, wie die AG, paritätisch besetzt ist und bindende Entscheidungen treffen kann. Ute Ehren hat hierzu Informationen zusammengetragen:

Ausschuss:

- muss lt. Gemeindeordnung vorwiegend aus Ratsmitgliedern bestehen; außer Ratsmitgliedern können nur sachkundige Bürger/-innen Mitglieder sein, die von Parteien benannt wurden
- kann bindende Entscheidungen treffen

Beirat.

- paritätische Besetzung möglich
- kann nur Empfehlungen aussprechen

Beim 5. Treffen wurde zudem überlegt, ob hier die Experimentierklausel nach § 137 GO greifen könnte. Auch hierzu hat Ute Ehren Informationen eingeholt: Bei der Klausel geht es um verwaltungsorganisatorische Dinge. Eine Ausnahme entsprechend dieser Klausel muss beim Innenministerium NRW beantragt werden. Es darf allerdings nichts beantragt werden, was die Rechte des Rates beschneidet. Hierzu hat Ute Ehren eine Stellungnahme des Rechtsservices der Stadt Detmold angefordert. *(Stellungnahme von Frau Frasch, Team Rat und Recht ist diesem Protokoll beigelegt, die Experimentierklausel ist hier nicht anwendbar.)*

Es gibt noch die Möglichkeit, sich an einen bestehenden Ausschuss „anzubinden“ (z. B. Ausschuss Bürgerservice). Dieser Ausschuss müsste dann allerdings neu strukturiert werden, da dort nicht alle Parteien vertreten sind.

Es wird einvernehmlich beschlossen, dass:

- es einen Beirat geben soll, der Empfehlungen ausspricht
- der Rat entscheidet
- eine Anfrage an das Innenministerium gestellt werden soll, ob unter Verwendung der Experimentierklausel dennoch ein Ausschuss eingesetzt werden kann, der paritätisch besetzt und entscheidungsfähig ist. *(Entsprechend der Einschätzung des Teams Rat und Recht nicht rechtskonform, siehe Stellungnahme)*

Für die Auswahl der Beiratsmitglieder hält Marion Stock eine Zufallsauswahl für sinnvoll. Es kommt der Hinweis, dass die Mitglieder des ehemaligen Ausländerbeirates gewählt wurden.

3. Instrumente und Wege, wie die Anregung von Bürgerbeteiligung ermöglicht werden und Bürger-Engagement unterstützt werden soll

3.1 Instrumente

(Abb. Stellwand_2_Instrumente)

Nach einer ausführlichen Diskussion beschließt die Arbeitsgruppe mehrheitlich mit 2 Enthaltungen:

Es soll Transparenz und Ermutigung zur Bürgerbeteiligung geben – hierfür sollen die folgenden öffentlichen Listen/Portale eingerichtet werden:

- Vorhabenliste der Stadt mit allen Projekten / Vorhaben, die die Stadt Detmold umzusetzen plant, bzw. die von der Stadt angedacht sind. (siehe hierzu auch Protokoll 4. Treffen am 17.02.2016) (noch offen ist die Frage, ob die Projekte / Vorhaben jeweils relevant für den städtischen Haushalt sein müssen)
Der Rat gibt die Liste frei.
- Portal für „Projekte der Stadtgesellschaft“
Das Beteiligungsgremium gibt die Liste frei.
- Liste mit Anregungen, die Bürgerinnen und Bürger an das KuK-Büro gerichtet haben
Das Beteiligungsgremium gibt die Liste frei.

3.2 Wege für Bürgerbeteiligung, Bürgerengagement und Information:

Fall 1 Unterstützung von Projekten der Stadtgesellschaft im Rahmen des Bürgerengagements

(Abb. Stellwand_3_Anregung_Portal_Fall_1)

Veröffentlicht werden sollen auf dem Portal Projekte / Vorhaben, die die Einwohner/innen über 14 Jahren bzw. andere Akteure der Stadtgesellschaft eigeninitiativ und selbständig umsetzen (möchten) und für die sie Unterstützer/-innen suchen. (Bsp. Urban Gardening)

Anregung ist unkompliziert; das Teilungsgremium gibt die Projekte / Vorhaben für die Liste frei, wenn sie entsprechend konkretisiert sind. Ein Quorum ist nicht erforderlich.

Fall 2: Anregung, dass ein Vorhaben, das Verwaltung und Politik bereits anstreben und das nicht auf der Vorhabenliste steht, auf die Vorhabenliste gesetzt wird

z.B. geplanter Kreis ABC-Straße

(Abb. Stellwand_4_Anregungen_BueBe_Faelle_2_3)

- Antragsberechtigt sind: (siehe „Akteur/-innen auf der nächsten Seite)
- Es ist kein Quorum erforderlich
- Das Teilungsgremium prüft und empfiehlt.
- Der Rat entscheidet.
- Sollte das Projekt nicht auf die Vorhabenliste gesetzt werden, ist eine ausführliche Begründung erforderlich.
- Die Entscheidung ist endgültig, ein 2. Anlauf ist nicht zulässig.

offene Fragen:

- Was passiert, wenn schon Schritte eingeleitet wurden?
- Geht es um Geringfügigkeit eines Vorhabens, soll besser mehr auf die Liste.
- Soll Haushaltsrelevanz ein Kriterium sein?
- Soll es eine Mindestsumme geben?
- Wie soll die Begründung bei Ablehnung öffentlich gemacht werden?

Fall 3: Anregung, dass bei einem Vorhaben, das auf der Vorhabenliste steht, BB durchgeführt wird oder dass formelle Bürgerbeteiligung um informelle BB ergänzt wird

(Abb. Stellwand_4_Anregungen_BueBe_Faelle_2_3)

- Antragsberechtigt sind: (siehe „Akteur/-innen auf der nächsten Seite)
- Es ist kein Quorum erforderlich (1 Jahr Probephase)
- Das Beteiligungs-Gremium prüft (wohlwollend „pro Bürgerbeteiligung“) und empfiehlt.
- Der Rat entscheidet. Sollte entschieden werden, dass keine (ergänzende) BB durchgeführt wird, ist eine ausführliche Begründung erforderlich. Die Entscheidung ist endgültig, ein 2. Anlauf ist nicht zulässig.

offene Fragen:

- Soll es eine 2. Instanz nach einer abschlägigen Gremiumsempfehlung geben?
- Wie soll die Begründung bei Ablehnung öffentlich gemacht werden?

Fall 4 Anregung von neuen Projekten für die Stadtverwaltung/den Rat:

(Abb. Stellwand_5_Anregungen_BueBe_Fall_4)

Wenn Einwohner/-innen ein Projekt anregen, das bei Verwaltung und Politik noch nicht auf der Agenda steht (z. B. ein Spielplatz) soll

- der übliche Weg über das KuK-Büro in die Fachbereiche gehen, die Anregung auf der Anregungsliste dokumentiert werden
- bei einer Ablehnung durch die Fachbereiche die Anregung über Bürgerbeschwerden nach § 24 GO bzw. Einwohneranträge mit Quorum nach § 25 GO an den Rat/die Fachausschüsse gehen.

Nach positiver Entscheidung kommt das Projekt auf die Vorhabenliste. Ablehnungen werden jeweils nachvollziehbar begründet.

3.3 Mögliche Akteur/-innen für Anträge zur Vorhabenliste (Fälle 2 und 3)

(Abb. Stellwand_6_Akteurinnen_BueBe_Faelle_2_3)

- Einwohner/-innen über 14 Jahren
- Vereine und Institutionen, die in Detmold ansässig oder vertreten sind
- Firmen u. ä., die in Detmold ansässig sind
- Grundstückseigentümer/-innen, auch wenn sie nicht in Detmold wohnen

Es sollen möglichst viele die Möglichkeit haben, Anträge zu stellen. Diese großzügige Lösung soll ein Jahr auf Probe gelten.

offene Fragen:

- Soll der berechnete Personenkreis mit „Alle Betroffenen, insbesondere ... (Liste oben)“ beschrieben werden?

4. Frühzeitige Information als Anforderung an die Vorhabenliste – wie soll die Regelung in Detmold sein?

(Abb: Stellwand_7_Fruehzeitigkeit_Vorhabenliste)

Für die Formulierung in den Detmolder Leitlinien ist das Bonner Beispiel der Favorit der Arbeitsgruppe:

„Frühzeitigkeit bedeutet, dass die Grundüberlegungen zu städtischen Vorhaben so früh wie möglich – in der Regel aber spätestens drei Monate vor der Erstberatung im Rat oder seinen Ausschüssen – veröffentlicht werden. Werden Vorhaben später auf die Vorhabenliste gesetzt, ist dies gegenüber der Öffentlichkeit nachvollziehbar zu begründen.“

Dieses Vorgehen soll für ein Jahr geprüft werden.

Ein mögliches Vorgehen zum Umgang mit „Frühzeitigkeit“ bei Bebauungsplanänderungen wird aus der Arbeitsgruppe angeregt:

Ein Vorhaben solle erst mit dem Aufstellungsbeschluss auf die Vorhabenliste.

Diskutiert wurde auch zumindest die Planung einer B-Planänderung XYZ in der Liste zu erwähnen, ohne die Inhalte konkret darzustellen. Fraglich ist der Umgang mit vorhabenbezogenen Bebauungsplänen.

Die Entscheidung wird zunächst zurückgestellt. Es soll die Meinung des FB 6 eingeholt werden.

5. Fazit der Sitzung und weitere Planung

Am Ende der Sitzung ziehen die Teilnehmenden u. a. nachstehende Schlussfolgerungen:

- Wir sind sehr weit gekommen und es wäre schade, wenn man aus terminlichen Gründen an den nächsten Sitzungen nicht teilnehmen könne.
- Auch wenn man selbst einiges anders sähe, könne man die Entscheidungen der Gruppe akzeptieren.
- Es war gut, innerhalb von 9 Tagen so kompakt in zwei Sitzungen arbeiten zu können.

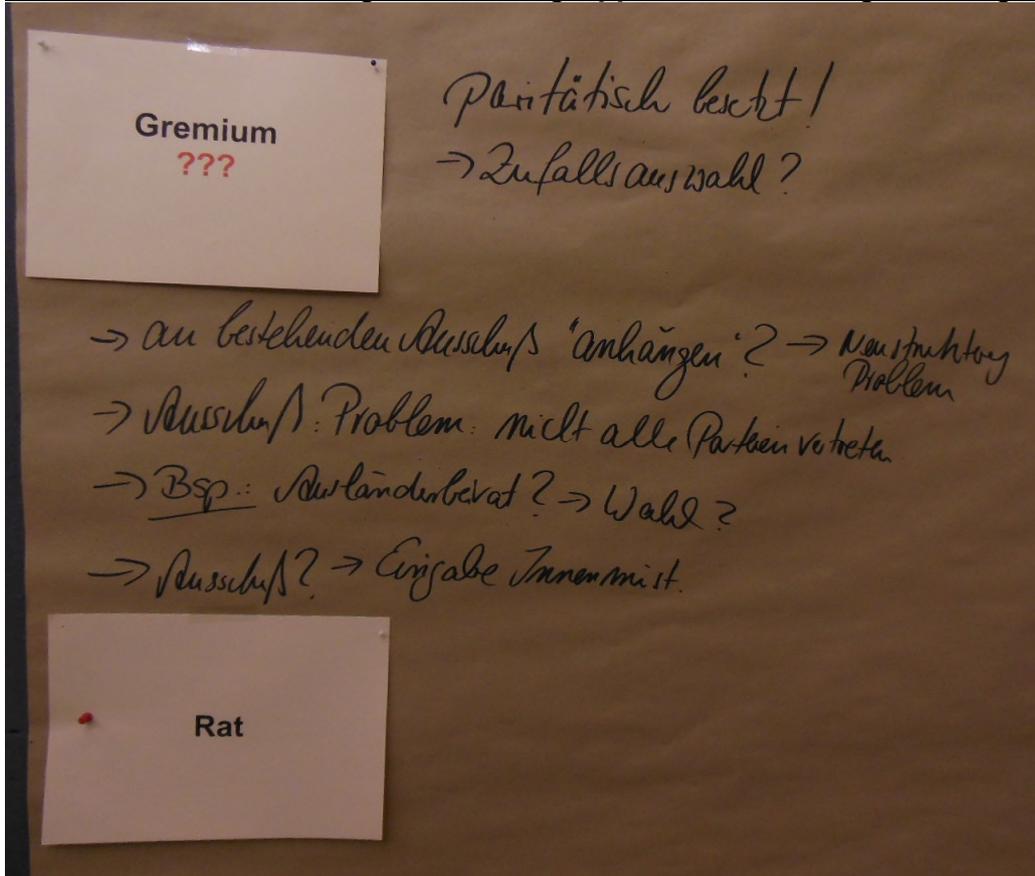
Die nächsten Termine werden wieder nach Doodle-Anfrage bei den Teilnehmenden festgelegt.

gez. Ute Ehren
Organisatorin und
Ansprechpartnerin Bürgerdialog

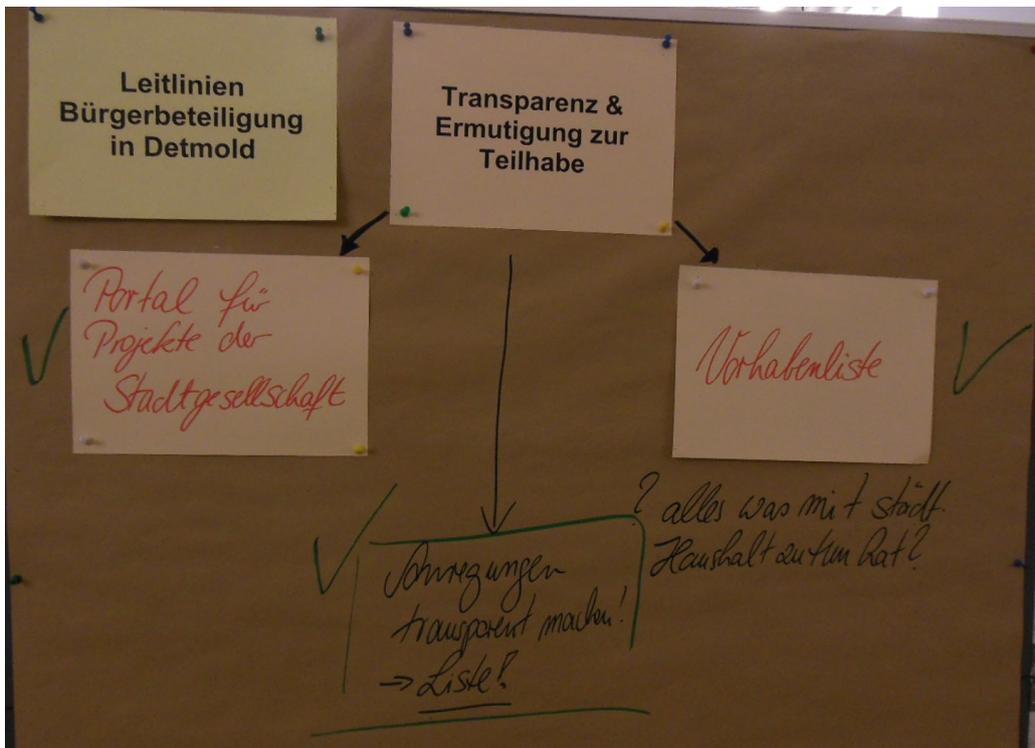
gez. Marion Stock
Stiftung Mitarbeit

Protokollführung und Protokollentwurf
Erika Hannich

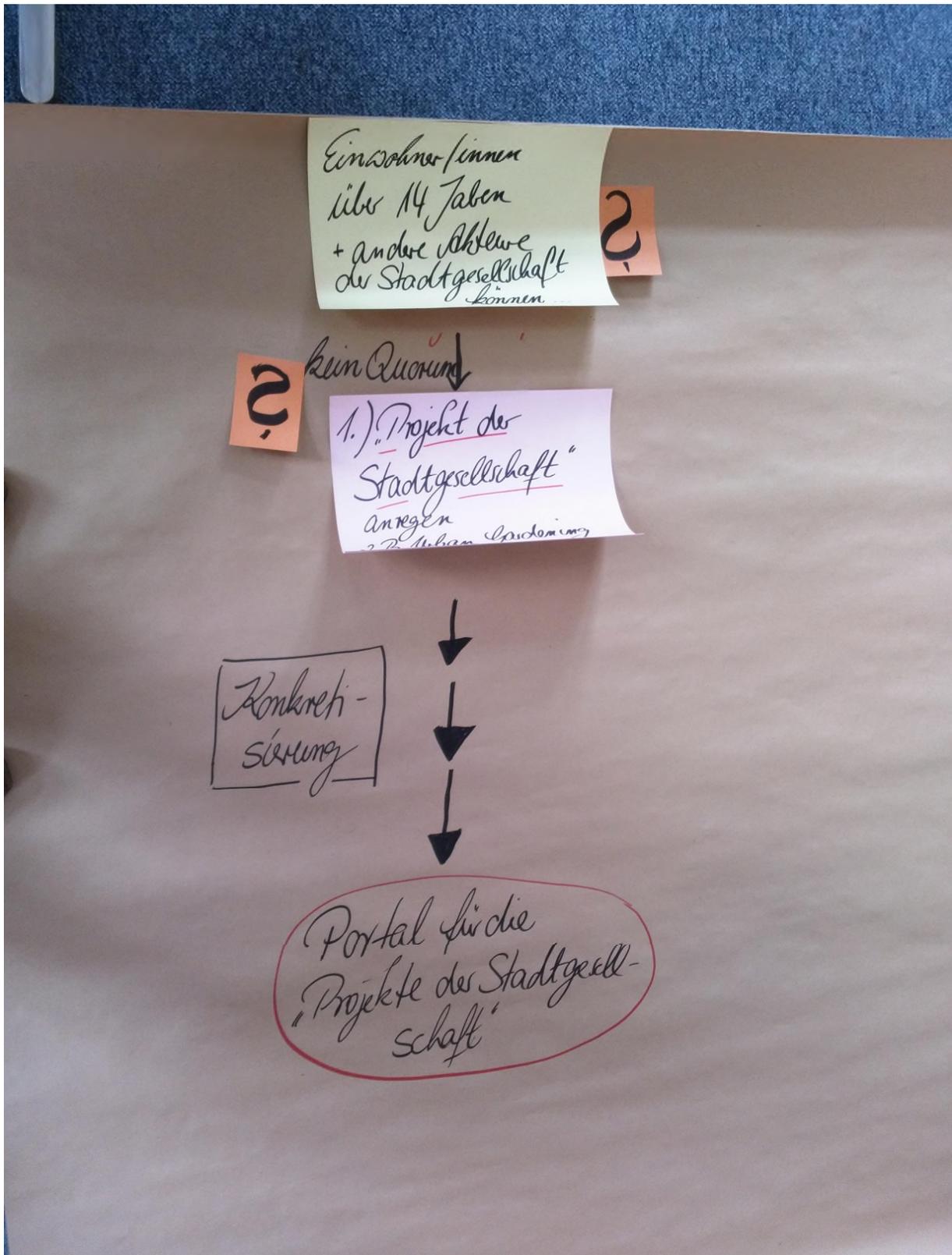
Stellwände der 6. Sitzung der Arbeitsgruppe Leitlinien Bürgerbeteiligung



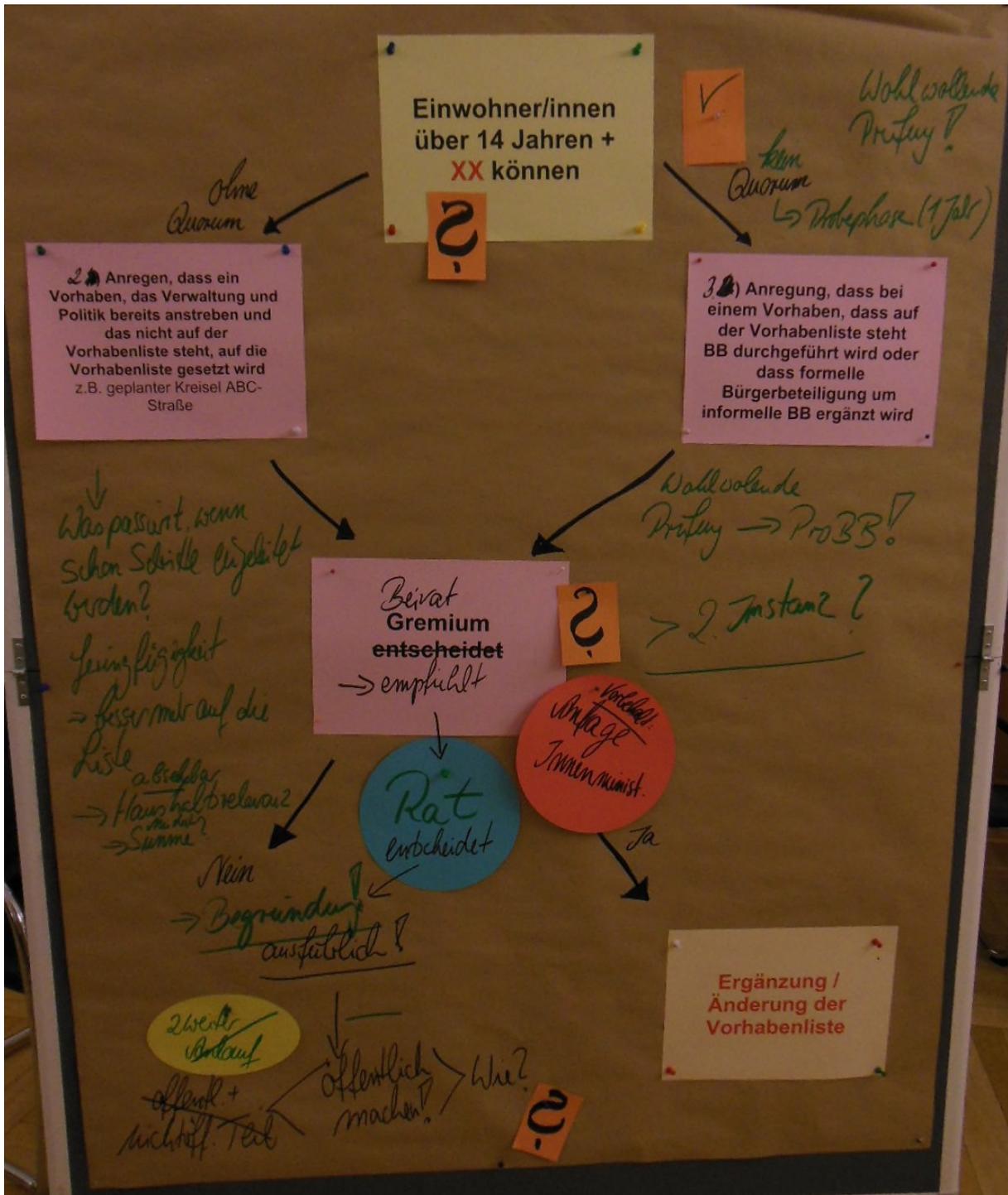
Stellwand 1 Gremium



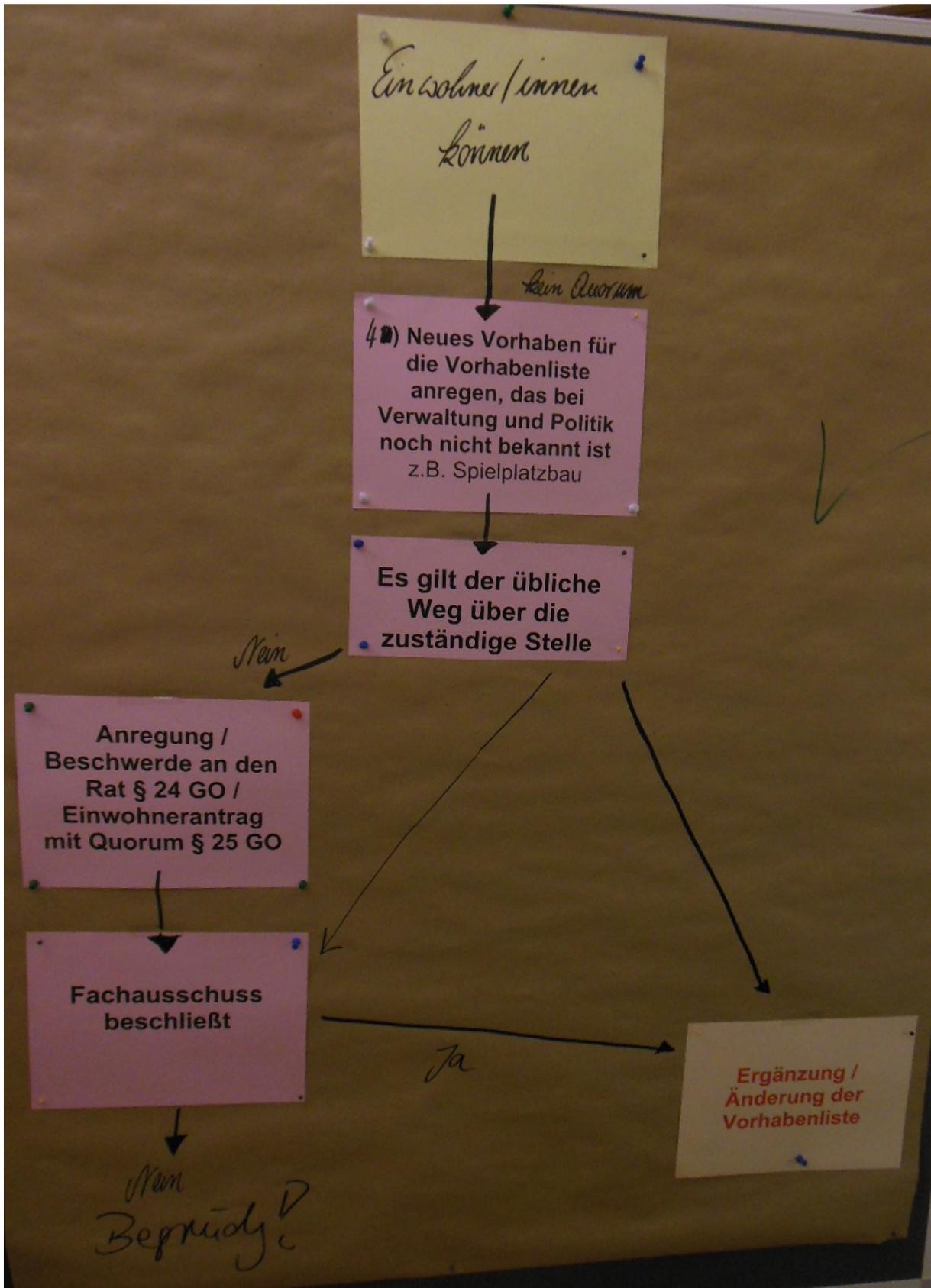
Stellwand 2 Instrumente



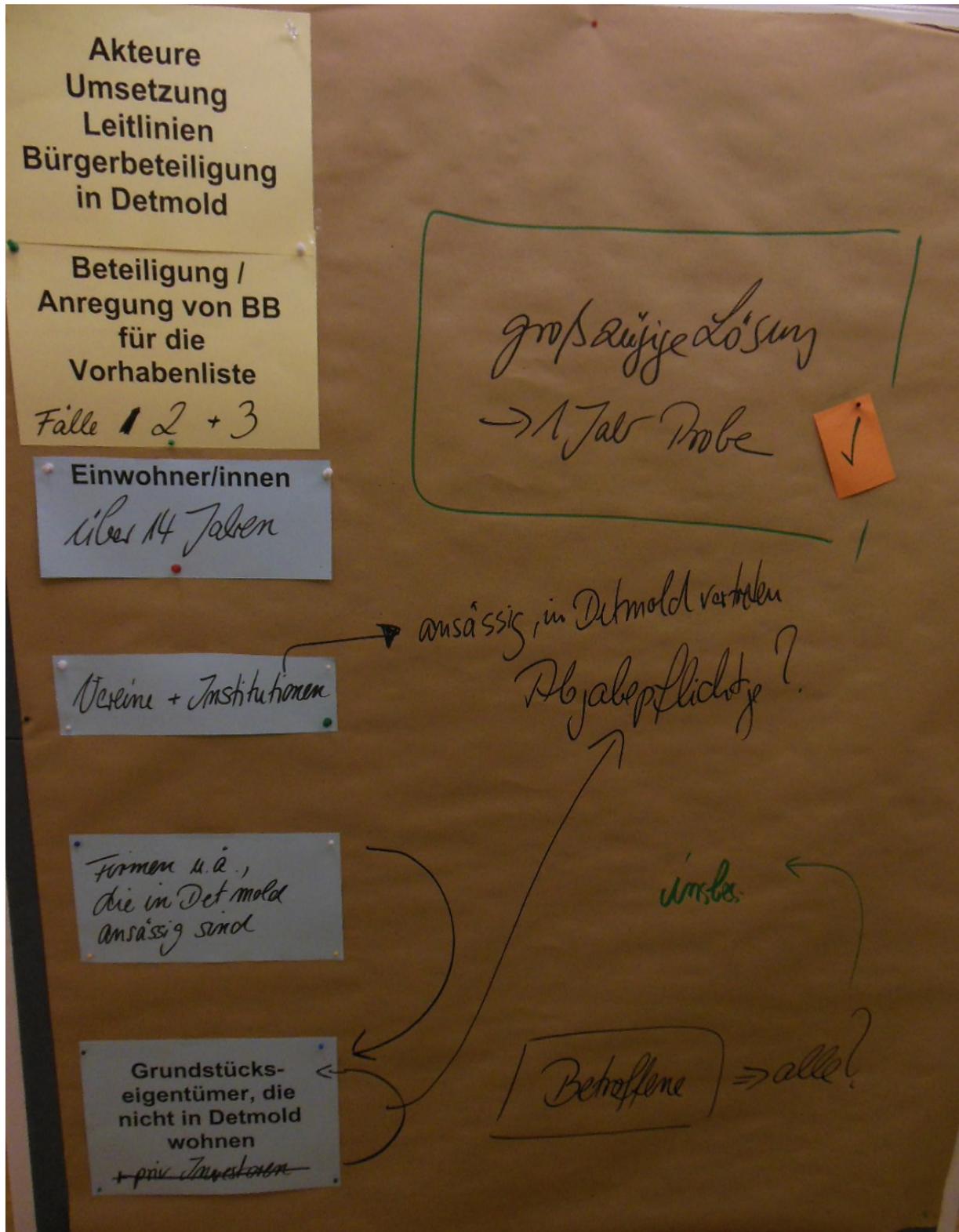
Stellwand 3 Anregung_Portal_Fall_1



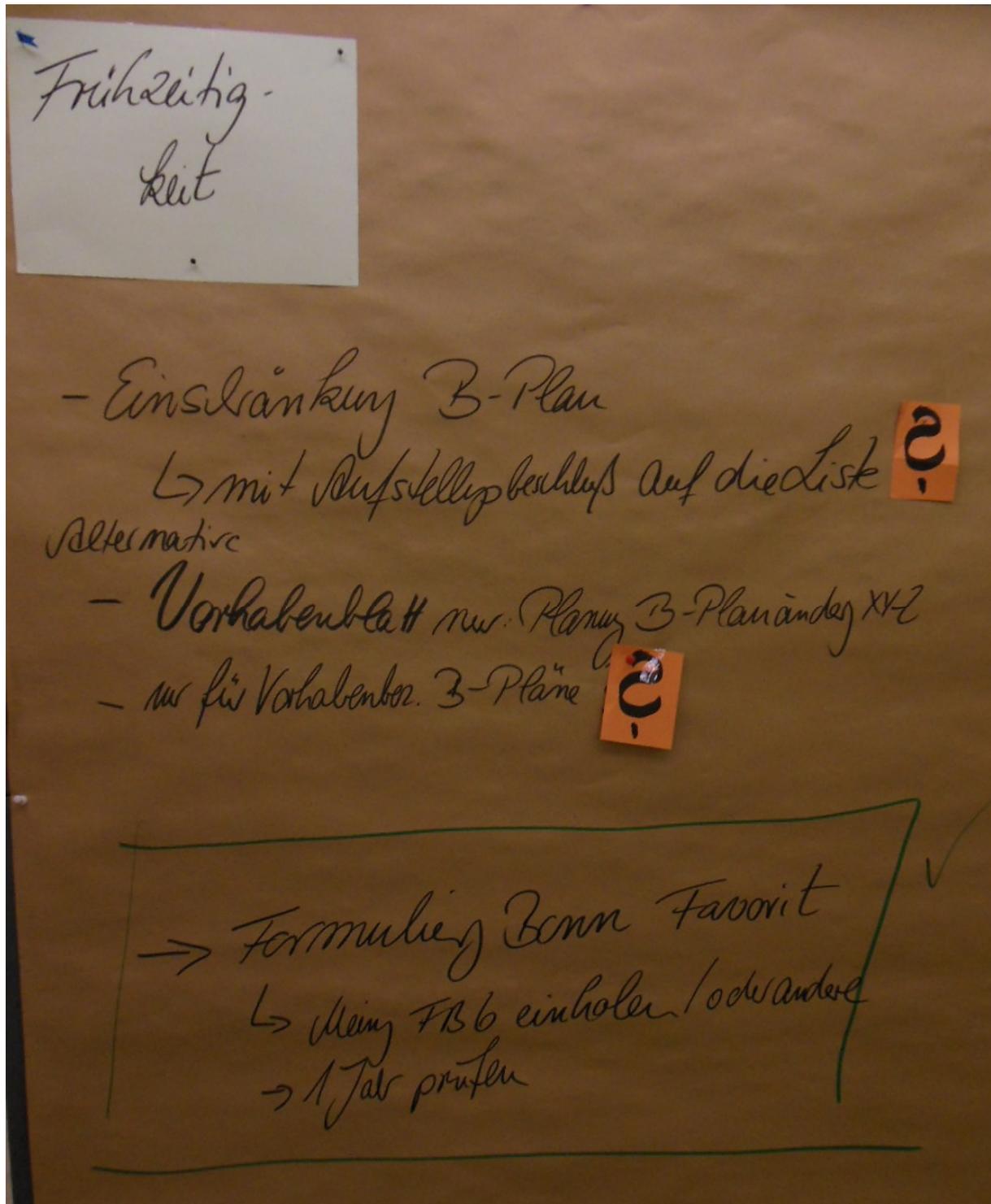
Stellwand 4 Anregungen_BueBe_Faelle_2_3



Stellwand 5 Anregungen_BueBe_Fall_4



Stellwand 6 Akteurinnen_BueBe_Faelle_2_3



Stellwand 7 Frühzeitigkeit_Vorhabenliste



Ergebnis-Protokoll

7. Sitzung „AG Leitlinien Bürgerbeteiligung“ am 04.05-2016

Beginn: 18.00 Uhr – Ende 21.20 Uhr

Raum: Großer Sitzungssaal, Rathaus

Teilnehmende aus Verwaltung:

Fachbereich 1 – Bürgerdialog	Frau Ute Ehren
Fachbereich 1 – Finanzen und Steuern	Herr Daniel Klei
Fachbereich 2 – Kinder- und Jugendarbeit	Frau Sandra Linnenbecker
Fachbereich 5 – Tiefbau und Immobilienmanagement	Herr Detlef Wehrmann
Fachbereich 6 – Stadtentwicklung	Frau Hoyer-Witte
Fachbereich 7 – Städtische Betriebe	Herr Johann Bergmann
Fachbereich 8 – Kultur, Tourismus, Marketing	Frau Astrid Diekmann

Frau Regina Homeyer, Gleichstellungsstelle, fehlt entschuldigt

Teilnehmende aus Politik:

SPD	Ratsfrau Christ-Dore Richter
CDU	sB Lydia Dirksen
Freie Wähler	Ratsherr Rüdiger Krentz
Die Linke	Ratsherr Lothar Kowelek
Aufbruch C	sB Harry Rein
Detmolder Alternative	Ratsherr Heinz-Jürgen Keller

Ratsherr Thomas Trappmann, FDP und Ratsfrau Elke Wittek, B90/Die Grünen fehlen entschuldigt

Teilnehmende aus der Bürgerschaft:

Frau Tina Catterfeld
Herr Thomas Pelz
Andreas Schröder

Herr Udo Krumwiede, Herr Andreas Schröder, Frau Anika Varnholt und Herr Rafet Yilmaz fehlen entschuldigt.

1. Anmerkungen zum Protokoll und Anwendbarkeit der Experimentierklausel

Herr Keller merkt an, dass im Protokoll von einem „einvernehmlichen Beschluss“ zum Thema Beirat und Experimentierklausel die Rede ist. Er habe sich jedoch mindestens enthalten. Auf eine erneute Abstimmung wird durch Herrn Keller verzichtet.

Herr Keller thematisiert die Stellungnahme des Teams Rat und Recht der Stadt Detmold, Frau Fräsch. Die Stellungnahme macht deutlich, dass die Anwendung der Experimentierklausel, zur Einrichtung eines entscheidungsfähigen, paritätisch besetzten Ausschusseses nicht zulässig ist. Nach Auffassung von Herrn Keller ist die Aussage von Frau Fräsch lediglich eine Meinung. Er möchte den Antrag an das Innenministerium NRW trotzdem stellen. Die AG befindet die Stellungnahme als eindeutig und ausreichend. Es soll ein Beirat eingesetzt werden.

2. Noch offene Fragen

[#Stellwand 1](#)

2.1 Besetzung/Rechtsform des Gremiums und Gültigkeitsdauer der Leitlinien

Ein paritätisch besetzter Beirat (Parteien- und Verwaltungsvertretungen werden entsendet, Bürger/-innen zufällig ausgewählt) soll in den Leitlinien als Bürgerbeteiligungs-Gremium etabliert werden.

Die Leitlinien sollen durch den Rat ohne Befristung auf Dauer beschlossen werden. Der Beirat prüft in der Regel jährlich, ob sich die Inhalte bewährt haben oder angepasst werden müssen. Der Beirat gibt einen Bericht/eine Empfehlung dazu an den Rat.

2.2 Frühzeitigkeit der Information/Beteiligung

Die AG ist sich einig, dass die Bonner Definition in Detmold für 1 Jahr auf Probe gelten soll: „Frühzeitigkeit bedeutet, dass die Grundüberlegungen zu städtischen Vorhaben so früh wie möglich – in der Regel aber spätestens drei Monate vor der Erstberatung im Rat oder seinen Ausschüssen – veröffentlicht werden. Werden Vorhaben später auf die Vorhabenliste gesetzt, ist dies gegenüber der Öffentlichkeit nachvollziehbar zu begründen.“

Bedenken bzgl. der 3-Monats-Frist wurden durch die Möglichkeit, der Begründung verspäteter Aufnahme von Vorhaben ausgeräumt. Wichtig ist der AG, dass es nicht dazu kommt, dass sich die Bearbeitung eines Antrags verzögert, weil die 3-Monatsfrist vor der Entscheidung im Rat/Ausschuss abgewartet werden muss. Auch hier kann begründet werden, warum über Vorhaben schon früher in den politischen Gremien beraten wurde.

3. Vorbereitung & Durchführung von Bürgerbeteiligungsprozessen

[#Stellwand_2](#)

3.1 Zuständigkeiten

Für jedes Beteiligung-Projekt wird durch den federführenden Fachbereich ein/-e **Beteiligungsverantwortliche/-r** benannt.

Aufgaben:

- **Ansprechpartner/-in** für Verwaltung, Politik und Einwohner/-innen
- verantwortlich für die **Erstellung eines Beteiligungskonzeptes** (evtl. auch die notwendige fachbereichsübergreifenden Abstimmung)
- **Koordination des Beteiligungsprozesses**, der inhaltlichen Ausgestaltung, und ggf. der fachbereichsübergreifenden Zusammenarbeit

Der **Beirat für Bürgerbeteiligung**

- kann sich in jeden Beteiligungsprozess einschalten
- berät
- fungiert als Mittler zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft
- kann zur Konfliktlösung einbezogen werden
- ggf. Begleitung Stellungnahme

Die **Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung**

- wird in Prozesse eingebunden
- berät

? offene Fragen:

Eine **projektbezogene Arbeitsgruppe**, die für ein Projekt gegründet und paritätisch besetzt ist, wird als Option diskutiert. Eine solche AG koordiniert in anderen Städten große Prozesse. Das kann aber auch in der Verantwortung des Beteiligungsverantwortlichen mit Begleitung des Beirates verbleiben.

3.2 Beteiligungsprozess

[#Stellwand_3](#)

Es soll nicht zwischen verschiedenen Beteiligungsprozessen unterschieden werden.

Verfahren, die u.a. die folgenden Kriterien erfüllen:

- besonderes Konfliktpotential
- Dimension des Vorhabens

können bereits auf dem Vorhabenblatt durch die Verwaltung gekennzeichnet werden:

Die Verwaltung empfiehlt die Einbeziehung des Beirates für Bürgerbeteiligung

Das von Marion Stock vorgestellte Raster zur Erarbeitung eines Beteiligungskonzeptes wird der Orientierungsrahmen für die Umsetzung von Beteiligungsprozessen sein. Das Beteiligungskonzept wird im Vorfeld des Beteiligungsprozesses erstellt und kann ggf. im Verlauf des Prozesses den aktuellen Gegebenheiten entsprechend verändert werden.

? offene Fragen:

Die Arbeit des Beirates im Prozess ist noch zu konkretisieren.

Beispiel: Bürgerbeteiligung zu den Leitlinien für Bürgerbeteiligung

Frau Ehren stellt die mögliche Struktur eines Beteiligungskonzeptes und die zu beantwortenden Fragen dar. (siehe Anlage 1)

Die grobe Gliederung ist:

1. Beteiligungsgegenstand und Zielsetzungen des Beteiligungsprozesses
2. Rahmenbedingungen
3. Auswahl und Ansprache der zu Beteiligten
4. Prozessplanung
5. Umgang mit den Ergebnissen des Beteiligungsprozesses
6. Evaluation und Reflexion

#Stellwand 4

Für die Beteiligung zu den Leitlinien, wird die Zielgruppe nicht weiter konkretisiert- Es sollen möglichst alle Einwohner/innen erreicht werden, d.h. es wird auch keine Altersbeschränkung gesetzt. Ein niederschwelliges Angebot soll zur Beteiligung anregen:

Ideen:

- verschiedene Kanäle nutzen
- Feste nutzen, die ohnehin stattfinden
- Werbepost auf dem Markt
- Anschreiben mit städtischen Publikationen zusammen versenden (Abfallkalender)

4. Fazit

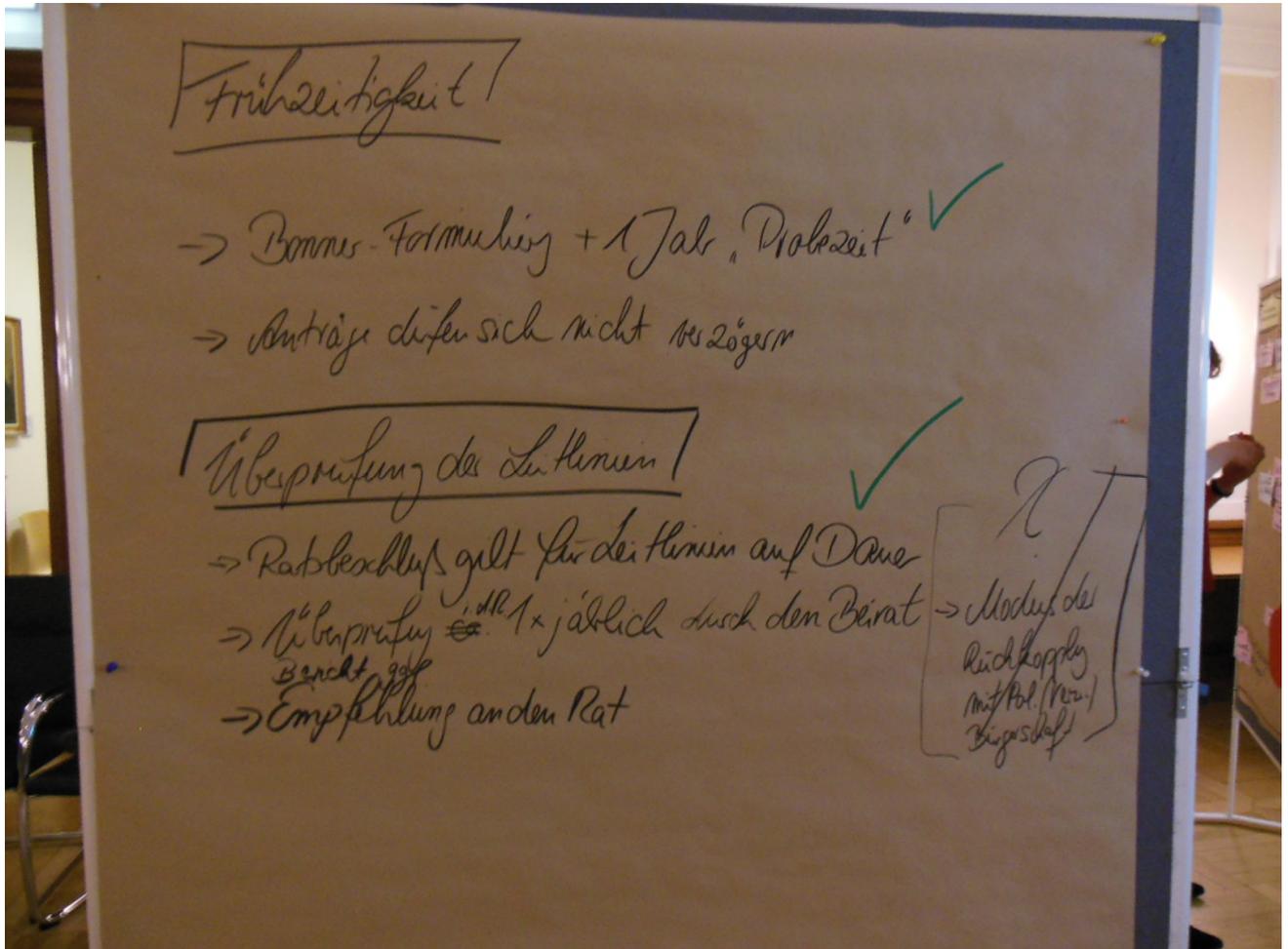
Zum Abschluss der Sitzung wird über die Sitzungsgestaltung gesprochen. Die AG befürwortet (bei einer Enthaltung), dass es seitens der Moderatorin mehr und strukturiertere Entscheidungs- und Ablaufvorschläge geben soll, soweit es sich anbietet. Der Raum für Diskussionen wird als wichtig erachtet.

gez. Ute Ehren
Organisatorin und
Ansprechpartnerin Bürgerdialog

gez. Marion Stock
Stiftung Mitarbeit

Protokollführung und Protokollentwurf
Elke Krüger

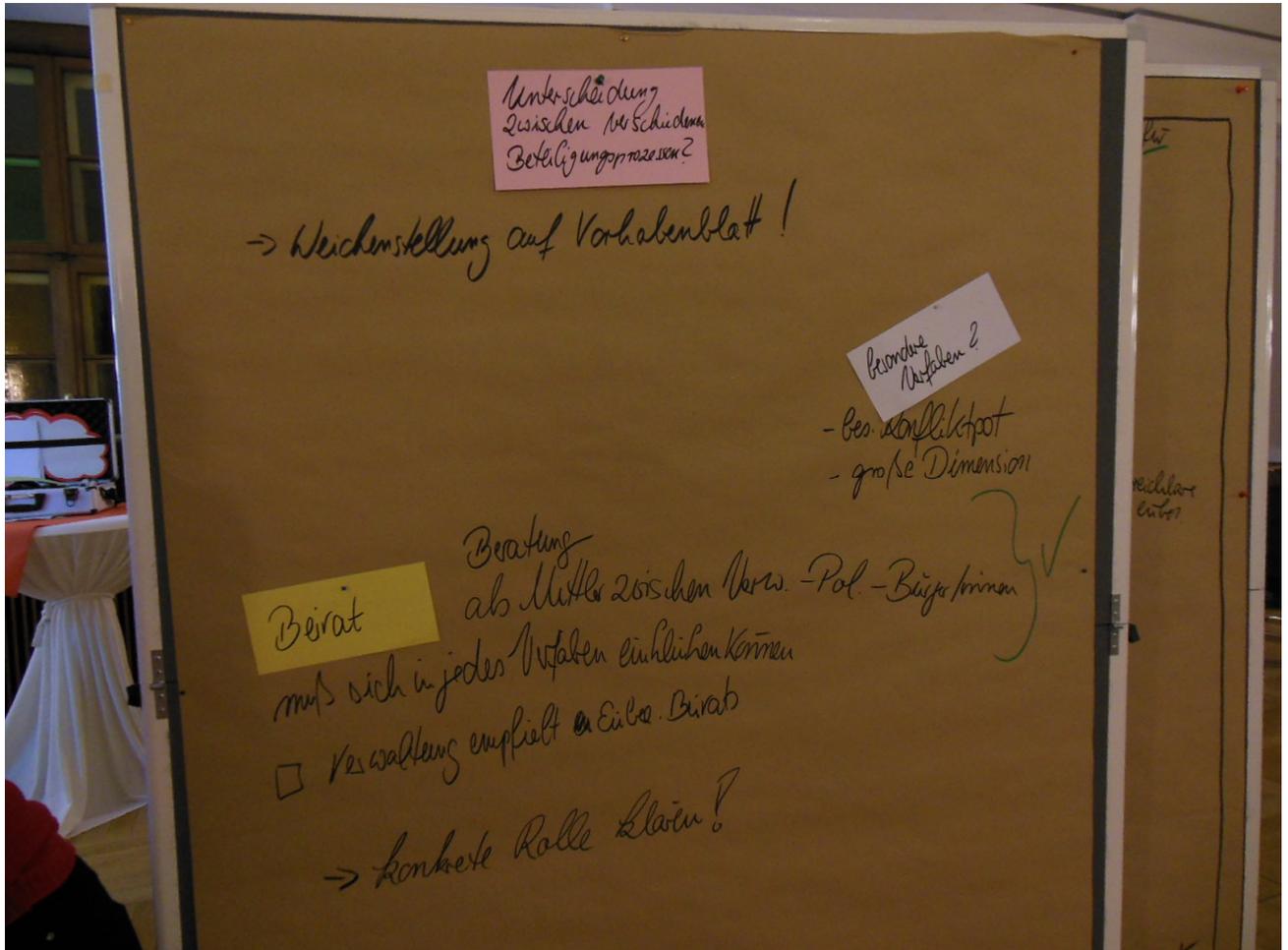
Stellwand 1



Stellwand 2



Stellwand 3



Stellwand 4

Welche Inhalte hat ein Beteiligungskonzept?

1. BB Leitlinien Detmold /
→ Checkliste für BB + Orientierungsrahmen für die Umsetzung ✓

1. Beteiligungsgegenstand und Zielsetzungen des Beteiligungsprozesses

2. Rahmenbedingungen

3. Auswahl und Ansprache der zu Beteiligenden

4. Prozessplanung

5. Umgang mit den Ergebnissen des Beteiligungsprozesses

6. Evaluation und Reflexion

7. Zeitrahmen und Finanzierungsplanung

*Früherfest? → Niedrigschwelligkeit! Schwer erreichbare Zielgruppe - alle! → keine Altersbeschränkung
andere Versandarten nutzen
verschiedene Kanäle nutzen
→ Feste nutzen, die online stattfinden
→ Werbeband auf Markt*

Detmold, 10.06.2016

ERGEBNIS-PROTOKOLL

8. Sitzung Arbeitsgruppe Leitlinien Bürgerbeteiligung am 24. Mai 2016

Beginn: 18.00 Uhr – Ende 21.30 Uhr
Raum: Großer Sitzungssaal, Rathaus

Teilnehmende aus der Verwaltung:

Fachbereich 1 – Bürgerdialog	Frau Ute Ehren
Fachbereich 1 – Gleichstellungsstelle	Frau Regina Homeyer
Fachbereich 2 – Schule, Jugend und Soziales	Frau Sandra Linnenbecker
Fachbereich 5 – Tiefbau und Immobilienmanagement	Herr Detlef Wehrmann
Fachbereich 7 – Städtische Betriebe	Herr Bergmann
Fachbereich 8 – Kultur, Tourismus, Marketing	Frau Astrid Diekmann

Frau Hoyer-Witte, Fachbereich 6/Stadtentwicklung und Herr Daniel Klei, Fachbereich 1/Finanzen und Steuern, fehlen entschuldigt.

Teilnehmende aus der Politik

CDU	sachkundige Bürgerin Lydia Dirksen
Bündnis 90/Die Grünen	Ratsfrau Elke Wittek
FDP	Ratsherr Thomas Trappmann
Freie Wähler	Ratsherr Rüdiger Krentz
Aufbruch C	sachkundiger Bürger Harry Rein
Detmolder Alternative	Ratsherr Heinz-Jürgen Keller

Frau Christ-Dore Richter, SPD, und Herr Lothar Kowelek, Die Linke, fehlen entschuldigt.

Teilnehmende aus der Bürgerschaft:

Frau Tina Catterfeld
Frau Karla Friebel
Herr Andreas Schröder
Herr Udo Krumwiede
Herr Thomas Pelz
Herr Rafet Yilmaz

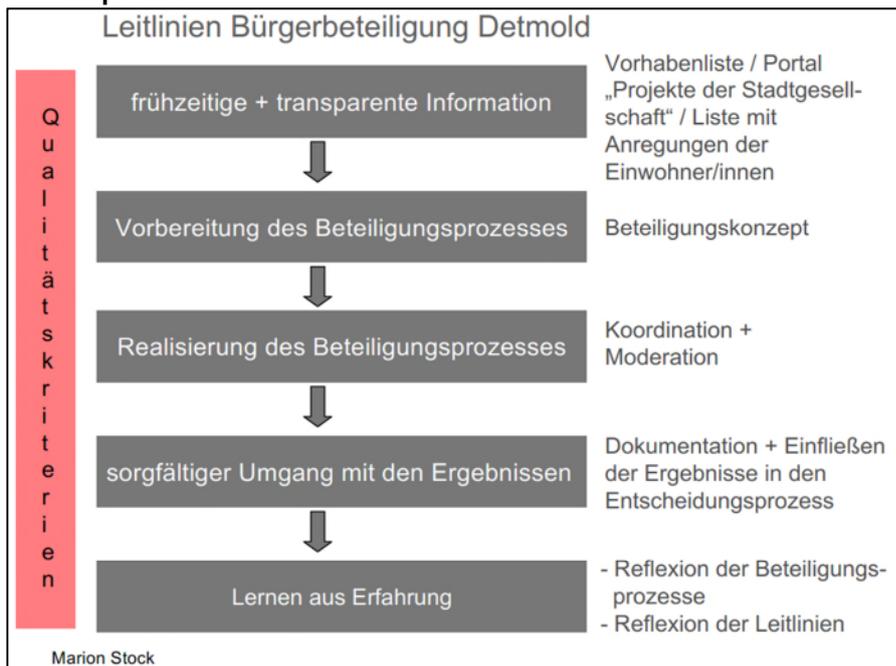
Frau Anika Varnholt fehlt entschuldigt.

Einführung in den Tag und Protokoll

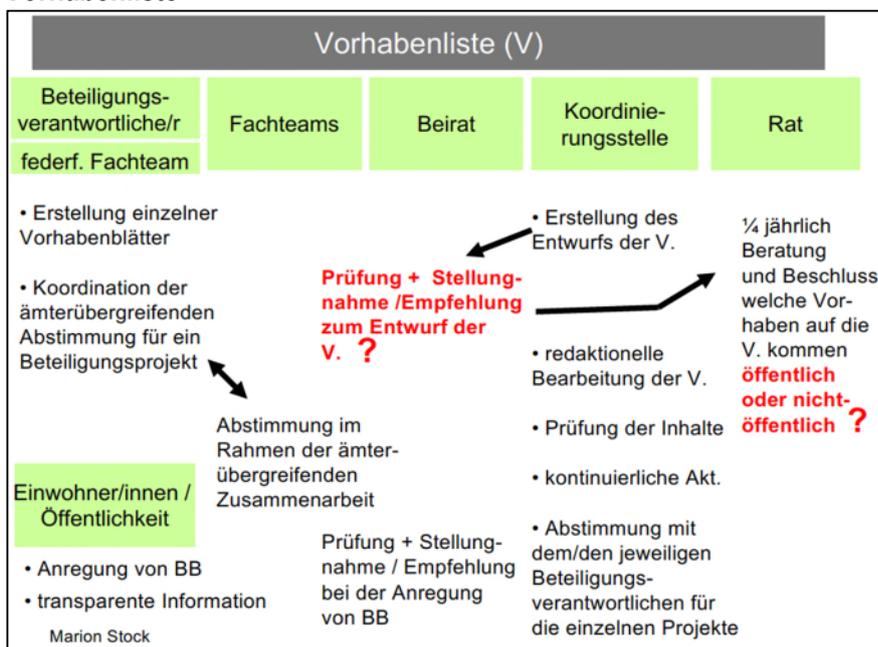
Ute Ehren eröffnet die Sitzung. Das Protokoll vom 20.05.2016 wird mit einer Einschränkung genehmigt: Herr Schröder hat an der Sitzung am 04.05.2016 teilgenommen.

Anhand einer PowerPoint-Präsentation stellt Marion Stock dar, welche Form die Leitlinien für Bürgerbeteiligung inzwischen angenommen haben und wo noch offene Fragen sind. Im Folgenden werden die Folien dargestellt und erläutert.

Gesamtprozess



Vorhabenliste



bereits Beschlossenes:

Vorhabenliste
<p>Einbeziehung des Beirats bei der Realisierung der Bürgerbeteiligung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verwaltung kann Einbeziehung anfordern – i.d.R. bei Projekte von größerer Dimension oder bei besonderem Konfliktpotenzial - Beirat kann sich jederzeit selbst einbringen <p>Vorhabenblatt</p> <p>Ankreuzmöglichkeit: Verwaltung empfiehlt die Einbeziehung des Beirats bei der Realisierung des Projektes</p>
Vorhabenliste
<p>Vorhabenliste</p> <ul style="list-style-type: none"> - wird vierteljährlich aktualisiert - Anregungsmöglichkeiten etc. weitestgehend geklärt

Nach eingehenden Diskussionen zur Vorhabenliste wird einstimmig beschlossen:

1. dass der Entwurf der Vorhabenliste von der Koordinierungsstelle erstellt werden soll. Der Beirat soll von vornherein zur Prüfung und Stellungnahme/Empfehlung der Vorhabenliste (Entwurf) eingeschaltet werden.
2. dass es keine unterschiedliche Benennung von Vorhaben geben soll. Angeregt war, entsprechend der Kennzeichnung in der Vorhabenliste (Beirat soll einbezogen werden: ja/nein) einen Namen zu finden, der es griffiger macht, darüber zu sprechen..
3. Projektbezogene Arbeitsgruppen (Politik/Verwaltung/Bürgerschaft) für einzelne Beteiligungsprozesse soll es nicht geben. Zur Unterstützung können bei Bedarf Kleingruppen aus dem Beirat gebildet werden oder es finden zusätzliche Sitzungen des Beirates statt. Wenn es notwendig und rechtlich möglich ist, kann der Beirat auch einen beratenden Gast, der orts- und/oder fachkundig ist, einladen. Das wird bereits im Gleichstellungsbeirat praktiziert Der Beirat wird auf diese Weise gestärkt.
4. Die vierteljährlichen Beratungen und Beschlüsse im Rat sollen – soweit rechtlich möglich - öffentlich erfolgen.

Herr Keller fragt, ob für die Koordinierungsstelle eine halbe oder eine ganze Stelle vorgesehen werden soll? Ute Ehren antwortet, dass von der Verwaltung/dem Bürgermeister entschieden wird, wie die Wahrnehmung neuer Aufgaben innerhalb der Verwaltung organisiert wird.

Portal „Projekte der Stadtgesellschaft“ / Liste mit Anregungen



Es wird ausführlich über das Portal „Projekte der Stadtgesellschaft“ und die Liste mit Anregungen diskutiert. Künftig soll es nicht mehr „Portal Projekte der Stadtgesellschaft“, sondern „Liste der Engagement-Projekte der Stadtgesellschaft“ heißen.

Ute Ehren erklärt noch einmal, wie sich diese Liste von der Vorhabenliste unterscheidet. Die Vorhabenliste enthält die Vorhaben der Stadt(-verwaltung), die bereits geplant sind. Die Liste der Engagement-Projekte der Stadtgesellschaft soll die Projekte beinhalten, die durch gemeinsames Engagement aus der Stadtgesellschaft heraus geleistet werden (sollen) und für die Mitstreiter/-innen, Sponsoren gesucht werden. (Beispiel: Urban Gardening)

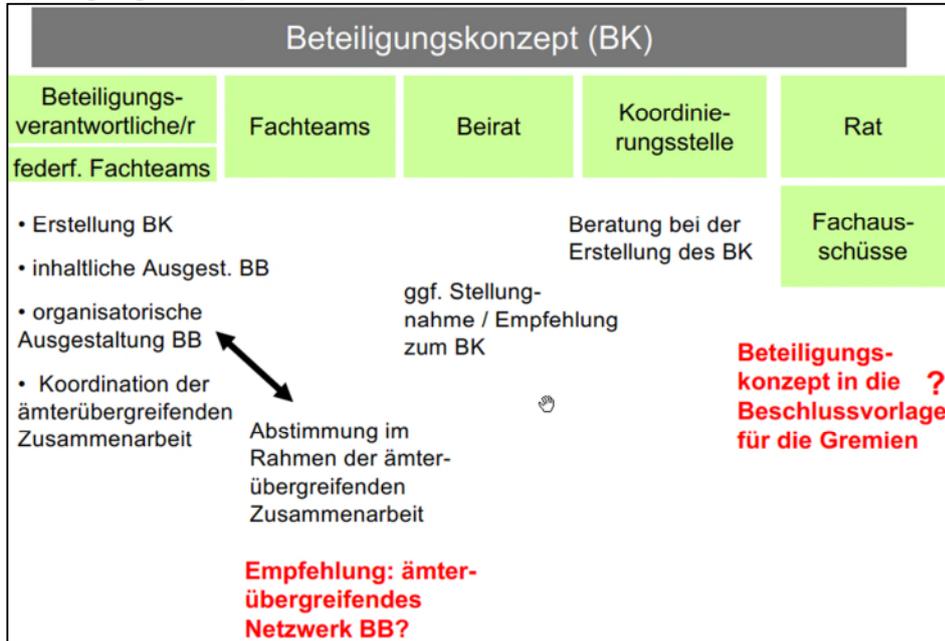
Für diese Projekte soll es eine positive Spezifizierung geben, um z. B. sexistische, fremdenfeindliche Themen von der Liste fern zu halten. Ute Ehren wird hierfür bis zur nächsten Sitzung einen Vorschlag erarbeiten.

Die Liste der Anregungen soll darstellen, mit welchen Ideen die Detmolder/-innen an die Stadt Detmold herantreten, und was aus diesen Anregungen geworden ist. Das KuK-Büro stellt die Liste zusammen und schickt sie an die Koordinierungsstelle. Die Liste setzt sich aus den KuK- Anregungen und den Ideen zusammen, die in der restlichen Verwaltung eingegangen sind. Die Fachbereiche werden aufgefordert, dort eingehende Anregungen an das KuK-Büro weiter zu leiten. Die Arbeitsgruppe ist sich einig, dass es bei der Liste der Engagement-Projekte und der Anregungsliste Durchlässigkeit in beide Richtungen geben muss, eine entsprechende Beratung für Bürgerinnen und Bürger mit Ideen findet schon im KuK-Büro statt.

Die Liste der Engagement-Projekte der Stadtgesellschaft wird von der Koordinierungsstelle erstellt. Der Beirat gibt anschließend die Inhalte frei. Ein Beschluss des Rates ist dafür nicht notwendig.

Um 19.25 Uhr (Pause mit Imbiss bis 19.40 Uhr) verlassen Frau Dirksen und Herr Trappmann entschuldigt die Sitzung.

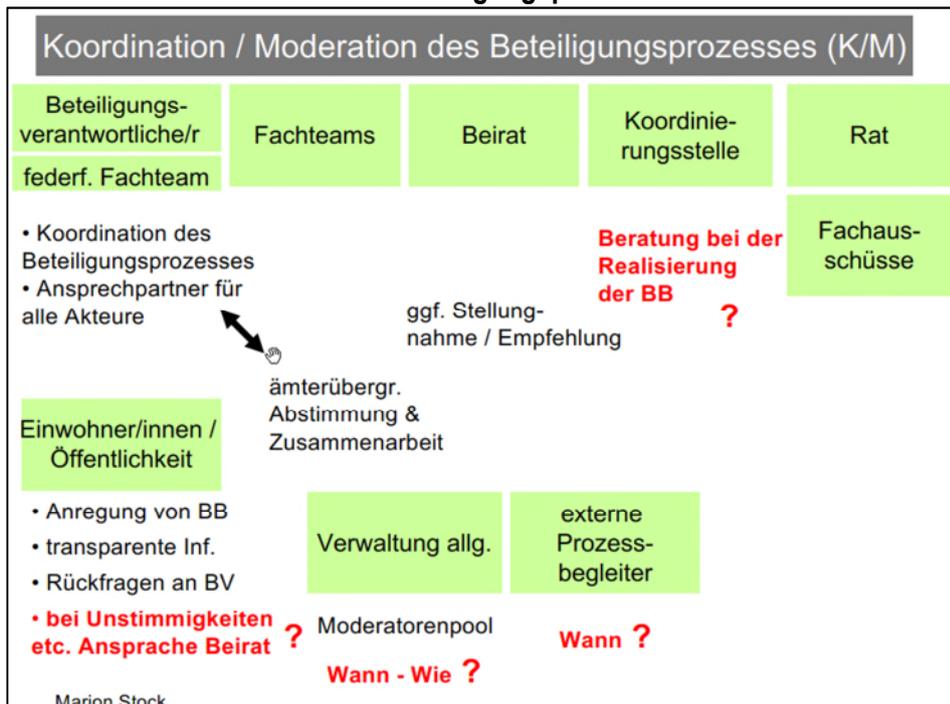
Beteiligungskonzept



Ein Beschluss zu der Frage, ob das jeweilige Beteiligungskonzept zu einem Vorhaben in einer Beschlussvorlage oder in einer Mitteilungsvorlage dem Rat/den Ausschüssen vorgelegt werden soll, kann noch nicht erfolgen. Es besteht der Wunsch, diese Frage noch in den politischen Fraktionen/Gruppierungen zu besprechen.

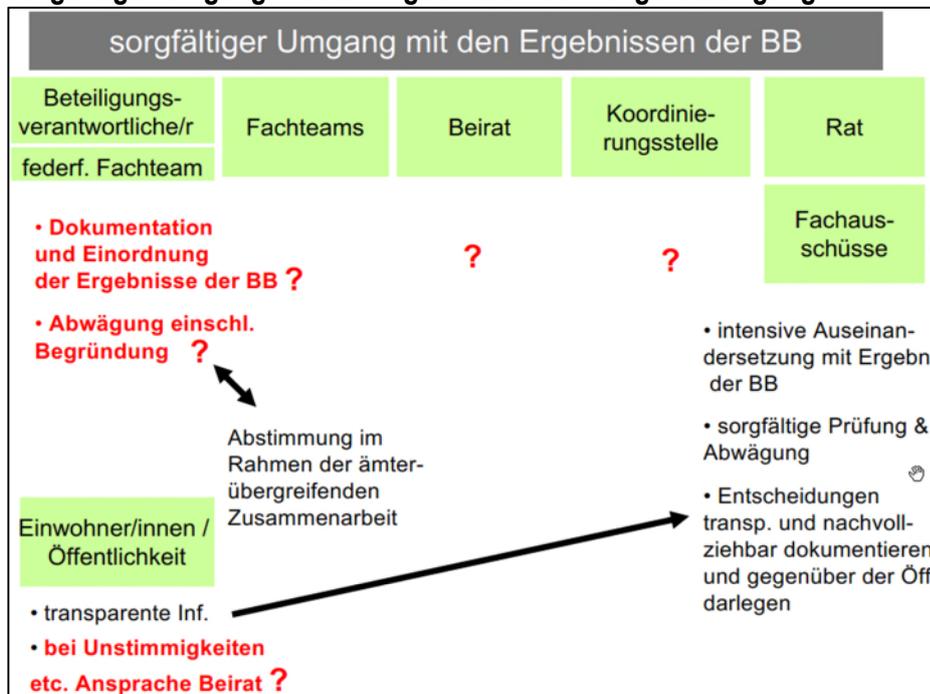
Die Arbeitsgruppe ist sich einig, dass ein fachbereichsübergreifendes Netzwerk Bürgerbeteiligung o. ä. empfohlen werden soll, in dem sich Mitarbeitende der Verwaltung über die Erstellung von Konzepten und die Durchführung von Beteiligungsveranstaltungen austauschen können.

Koordination / Moderation des Beteiligungsprozesses



1. Es wird einheitlich beschlossen, dass bei Unstimmigkeiten in Sachen Bürgerbeteiligung die Einwohner/-innen den Beirat direkt ansprechen können.
2. Die Gruppe ist sich einig, dass die Koordinierungsstelle die Beteiligungsverantwortlichen in den Fachbereichen bei der Realisierung der Bürgerbeteiligung beraten soll.
3. Einheitlich wird empfohlen, dass ein Moderatorenpool aus Mitarbeitenden der Verwaltung gegründet wird. Dann könnten fachfremde Mitarbeitende aus anderen Bereichen Veranstaltungen moderieren, ohne an den vorgeschlagenen Inhalten mitgearbeitet zu haben und wären dadurch neutral.
4. Da für eine externe und auch interne Prozessbegleitung Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen, soll dieser Punkt noch einmal im Zusammenhang mit der Frage „Mitteilungs- oder Beschlussvorlage?“ aufgenommen werden.

Sorgfältiger Umgang mit den Ergebnissen der Bürgerbeteiligung



Die Arbeitsgruppe ist sich einig, dass die jeweilige Dokumentation und Einordnung der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung durch den federführenden Fachbereich / das federführende Fachgebiet in Abstimmung mit dem/der Moderator/in erfolgen soll.

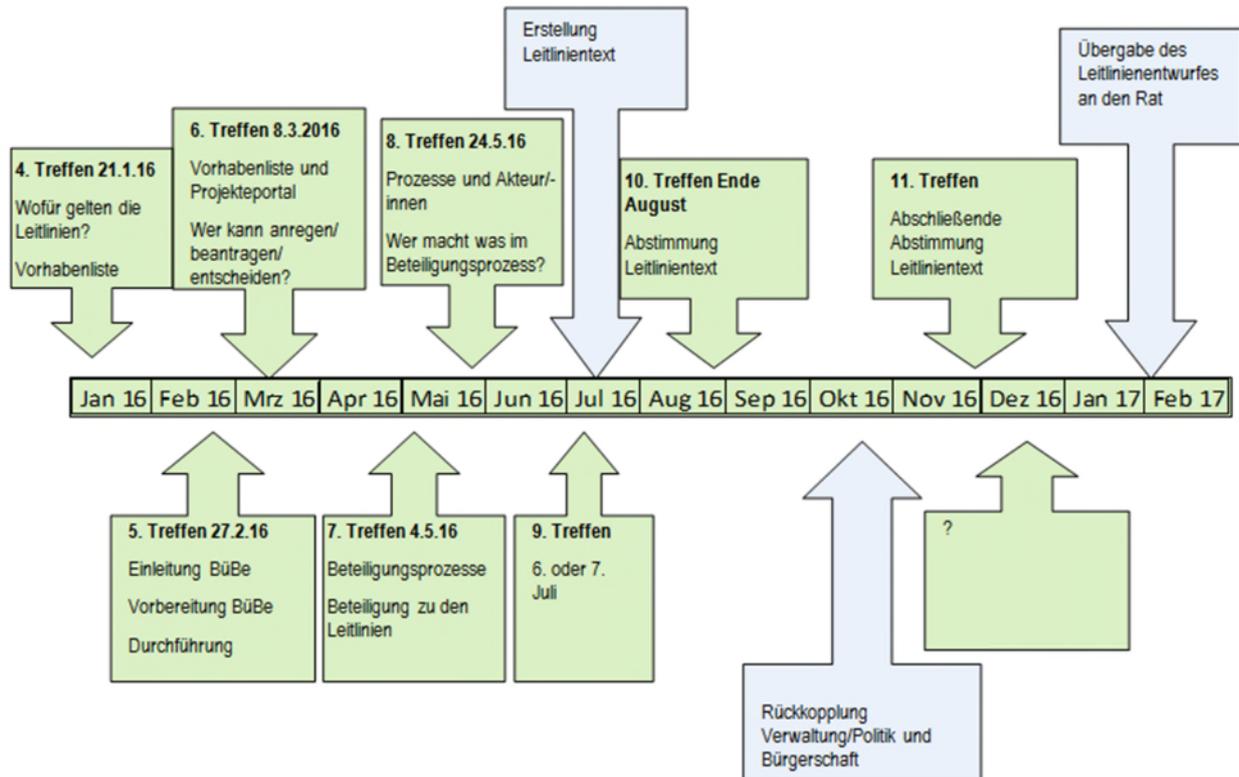
Die Klärung weiterer Fragen in Bezug auf den Umgang mit Ergebnissen wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Allgemeines zu Zuständigkeiten

Von der Gruppe wird einheitlich gewünscht, dass in den Leitlinien nicht wie bisher das „federführende Fachteam“, sondern der/das „federführende Fachbereich/Fachgebiet“ als zuständige Stelle genannt wird.

Zeitplanung Leitlinien-Entwicklung

Frau Stock stellt den aktuellen Zeitstrahl der Leitlinien-Entwicklung vor.
Planungsstand Mai 2016



Die nächsten Termine sollen entweder Mittwoch, 06.07. oder Donnerstag, 07.07. jeweils von 17.00 bis 21.15 Uhr und entweder Samstag, 27.08., von 10.00 bis 17.00 Uhr oder Mittwoch, 31.08., von 17.00 bis 21.15 Uhr stattfinden. Eine entsprechende Doodle-Anfrage wird in den nächsten Tagen verschickt.

Anmerkung der Protokollschreiberin: Die nächsten Termine werden Mittwoch, 06.07. und Mittwoch, 31.08.16 jeweils von 17.00 bis 21.15 Uhr.

Fazit:

Die lebhaften Diskussionen werden für gut befunden.
Die allgemeine Vorbereitung der Sitzungen und die strukturierte Vorgehensweise werden von den Teilnehmenden gelobt. So kann es weitergehen!

Gez. Ute Ehren
Organisatorin und
Ansprechpartnerin Bürgerdialog

gez. Marion Stock
Stiftung Mitarbeit

Protokollführung und Protokollentwurf
Erika Hannich

Detmold, 12.07.2016

ERGEBNIS-PROTOKOLL

9. Sitzung Arbeitsgruppe Leitlinien Bürgerbeteiligung am 6. Juli 2016

Beginn: 17.00 Uhr – Ende 21.15 Uhr
Raum: Großer Sitzungssaal, Rathaus

Teilnehmende aus der Verwaltung:

Fachbereich 1 – Bürgerdialog	Frau Ute Ehren
Fachbereich 1 – Finanzen und Steuern	Herr Daniel Klei
Fachbereich 1 – Gleichstellungsstelle	Frau Regina Homeyer
Fachbereich 2 – Schule, Jugend und Soziales	Frau Sandra Linnenbecker
Fachbereich 5 – Tiefbau und Immobilienmanagement	Herr Detlef Wehrmann
Fachbereich 6 – Stadtentwicklung	Frau Antje Hoyer-Witte
Fachbereich 7 – Städtische Betriebe	Herr Bergmann
Fachbereich 8 – Kultur, Tourismus, Marketing	Frau Astrid Diekmann

Teilnehmende aus der Politik

SPD	Ratsfrau Christ-Dore Richter
CDU	sachkundige Bürgerin Lydia Dirksen
Bündnis 90/Die Grünen	Ratsfrau Elke Wittek
Die Linke	Ratsherr Lothar Kowelek
Freie Wähler	Ratsherr Rüdiger Krentz
Aufbruch C	sachkundiger Bürger Harry Rein
Detmolder Alternative	Ratsherr Heinz-Jürgen Keller

Ratsherr Thomas Trappmann, FDP, fehlt entschuldigt.

Teilnehmende aus der Bürgerschaft:

Frau Tina Catterfeld
Herr Udo Krumwiede
Herr Rafet Yilmaz

Frau Anika Varnholt, Frau Friebel, Herr Pelz und Herr Schröder fehlen entschuldigt.

Einführung in den Tag und Protokoll

Ute Ehren berichtet, dass sie im Gesamt-Verwaltungsvorstand den Stand der Diskussionen der Arbeitsgruppe vorgestellt und auch Anregungen und Hinweise vom Verwaltungsvorstand erhalten hat, die aber zum Teil von der Arbeitsgruppe schon bedacht wurden. Sie wird die Anregungen an entsprechender Stelle der Diskussionen einbringen. Insgesamt war der Verwaltungsvorstand beeindruckt über die bisher geleistete Arbeit unter der Moderation von Marion Stock.

Zum Protokoll gibt es keine Einwände.

Prozesse konkretisieren

Sorgfältiger Umgang mit den Ergebnissen der Bürgerbeteiligung

Es wird einheitlich beschlossen, dass es ein Raster als Vorlage geben soll, in welchem die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung in übersichtlicher und einfach lesbarer Form dargestellt werden sollen. Das Raster soll eine Kombination von Übersicht und ausführlicher Darstellung der Ergebnisse ermöglichen. Das Raster soll sowohl für formelle, als auch für informelle Bürgerbeteiligungsprozesse angewendet werden.

Detlef Wehrmann kommt um 17.30 Uhr in die Sitzung.

Rückkoppelung der Bürgerbeteiligungs-Ergebnisse an die Öffentlichkeit

Die Gruppe ist sich einig, dass die Ergebnisse einzelner Beteiligungen über folgende Wege veröffentlicht werden sollen:

- Vorhabenliste
- Infoseite Bürgerbeteiligung auf Detmold.de (geplante und vergangene Bürgerbeteiligungen)
- Newsletter zur Bürgerbeteiligung (noch zu entwickeln)
- Bereits bestehende Portale, wie z. B. Geoportal
- Rats-Informationssystem
- Flyer o. ä.
- Ausdrucke KuK-Büro, auf Wunsch auch Zusendung
- Aushänge
- APP – APPMOLD? Dieser Punkt bedarf noch einer Prüfung

Dabei soll bedacht werden, dass die Daten unter Wahrung des Schutzes von Persönlichkeitsrechten jeweils zur Veröffentlichung freigegeben werden müssen.

Lernen aus Erfahrung

Es wird Folgendes einheitlich beschlossen:

Qualitätskriterien messbar machen:

- Bei Präsenzveranstaltungen sollen die Teilnehmer/innen einen Fragebogen zur Veranstaltung ausfüllen; ggf. können auch andere Formen der Rückmeldung (z. B. mündliche Befragung) der Teilnehmer/innen gewählt werden
- Dabei sollen auch anonymisierte Eckdaten zur Person abgefragt werden
- Die Erarbeitung des Fragebogens soll durch die Koordinierungsstelle in Abstimmung mit dem Beirat Bürgerbeteiligung und den Fachbereichen erfolgen.

Reflexion von Beteiligungen soll prozessbegleitend und im Nachgang im Team, das den Beteiligungsprozess umsetzt, stattfinden

- Der Beirat informiert den Rat in regelmäßigen Abständen gebündelt über die Auswertungsergebnisse.
- Zur besseren Übersicht wird eine Informationstabelle zum Status und zum Fortschritt in den jeweiligen Beteiligungsprozessen (Status-Infotabelle) erstellt.
- gegebenenfalls kann der Beirat bei größeren, längerfristigen Prozessen Zwischenberichte einfordern.
- Für weniger umfangreiche und nicht konfliktträchtige Verfahren können die federführenden Fachbereiche/Fachgebiete Sammelberichte erstellen

Die Koordinierungsstelle soll zusammen mit dem/der Beiratsvorsitzenden und dem/der Beteiligungsverantwortlichen offen, informell und vertrauensvoll zusammenarbeiten. Es soll keine ausführlichen Berichte an den Beirat geben. Vielmehr soll der/die Beteiligungsverantwortliche ggf. gebeten werden, den Beirat persönlich zu unterrichten.

Rollen, Aufgaben, Zuständigkeiten, Kompetenzen: Akteure bei der Umsetzung der Leitlinien Bürgerbeteiligung

Beirat

Der Beirat soll aus Verwaltung, Politik und Bürgerschaft bestehen.

Es wird einstimmig beschlossen:

- Der Beirat soll sich selbst eine Geschäftsordnung geben.
- Die Mitglieder des Beirates, die die Bürgerschaft vertreten, sollen durch Zufallsauswahl aus der Einwohnerschaft gewählt werden. Dabei soll die Erstbesetzung möglichst aus der Arbeitsgruppe „Leitlinien Bürgerbeteiligung“ erfolgen.
- Es soll eine Stellvertretungs-Regelung geben - für Einwohner/-innen ca. 4 Vertreter/-innen insgesamt. Die Einbindung soll geregelt werden – bei Interesse ggf. Teilnahme der Vertreter/innen an den Treffen ohne „Stimmrecht“.
- Die Entscheidungsfindung soll nach dem Konsensprinzip erfolgen.
 - Hierzu soll die Aussage der Stadt Bonn übernommen werden.
„Der Modus der Entscheidungsfindung, der in der Geschäftsordnung festgeschrieben wird, sollte auf eine konsensuale Entscheidungsfindung zielen.“
- Die nachfolgenden Punkte sollen mit hinein formuliert werden:
 - „Diskussion“ soll ein wichtiges Element sein.
 - Eine Tagesordnung-Regelung ist nötig.
 - Ggf. sollen auch Abstimmungen möglich sein.
 - Es soll ein Vorsitzender / eine Vorsitzende gewählt werden.
- Die Beirat-Besetzung soll nicht auf einmal komplett ausgewechselt werden.
 - Kontinuität hierbei ist wichtig.
 - Verkrustungen sollen vermieden werden („Verkrustungen“ soll anders formuliert werden)

Frau Wittek merkt an, dass die Beirat-Besetzungen meistens an die Wahlperiode gekoppelt sind. Der Beirat würde die Geschäftsordnung selbst gestalten, die dann vom Rat genehmigt würde.

Frau Stock schlägt vor, dass das dem Beirat für seine Geschäftsordnung mitgegeben wird.

Soll die Koordinierungsstelle die Koordination und Betreuung des Beirates übernehmen? - Ja

Die Koordinierungsstelle gibt u. a. Eingaben / Anfragen der Einwohner/-innen aufgearbeitet an den Beirat weiter – in Absprache und enger Zusammenarbeit mit dem/der Vorsitzenden.

Zusätzliche Koordinatoren für Bürgerbeteiligung in jedem Fachbereich soll es nicht geben.

Aufgaben der Koordinierungsstelle:

- Einwohner/-innen können sich bei Fragen an die Koordinierungsstelle und/oder den/die Beteiligungsverantwortliche/n wenden.
- Die Koordinierungsstelle bietet den „Roten Faden“ bei Bürgerbeteiligung in Detmold.
 - Sie ist Ansprechperson für die Verwaltung.
 - Sie bietet Beratung zur Bürgerbeteiligung für alle Akteure/-innen.
 - Sie berät die Verwaltung in Bezug auf Moderationsaufgaben und /Prozessgestaltung bei Beteiligungsprozessen.
 - Sie stimmt sich mit den Beteiligungsverantwortlichen über die Erstellung der Beteiligungskonzepte ab.
 - Sie füllt Abläufe, Beteiligungskonzepte mit Leben, indem sie im laufenden Gespräch mit den Akteursgruppen ist.
 - Sie ist zuständig für die Rückspiegelung der Entwicklung der Beteiligungskultur in die verschiedenen Akteursgruppen.
 - Sie ist zuständig für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Abstimmung mit dem Beirat
 - Sie führt Infoveranstaltungen durch und bietet Infos zur Bürgerbeteiligung (z. B. an Schulen) – ggf. in Zusammenarbeit mit Fachbereichen.

Herr Keller fragt, wo die Koordinierungsstelle angesiedelt werden soll. Ute Ehren antwortet, dass es eine Stabsstelle in Vollzeit sein könnte.

Klärung der noch offenen Fragen

Reicht es aus, dass der Rat alle drei Monate über die Vorhabenliste entscheidet?

Ute Ehren berichtet, dass Bürgermeister Heller gefragt hat, ob es für die Verwaltungsabläufe ausreichen würde, wenn der Rat alle drei Monate über die Vorhabenliste entscheidet.

Marion Stock sagt, dass sich dieser Zeitraum in anderen Kommunen bewährt hat, zumal es ja die folgende bereits beschlossene Regelung gibt:

„Die Grundüberlegungen zu Vorhaben der Stadt Detmold werden so früh wie möglich – in der Regel aber spätestens drei Monate vor der Erstberatung im Rat oder einem seiner Ausschüsse veröffentlicht. Werden Vorhaben später auf die Vorhabenliste gesetzt, ist dies gegenüber der Öffentlichkeit nachvollziehbar zu begründen.“

Die Gruppe spricht sich einheitlich für diese 3-Monats-Regelung aus.

Soll empfohlen werden, dass eine Dienstanweisung zur Umsetzung der Leitlinien erarbeitet wird?

Es wird diskutiert, dass durch „Richtlinien zur Umsetzung für die Verwaltung“ oder eine Art „Dienstanweisung“ Unsicherheiten im Umgang mit der Vorhabenliste genommen werden können. Dies betrifft insbesondere die Entscheidung darüber, was auf die Vorhabenliste gesetzt werden soll und was nicht. Die „Dienstanweisung“ soll dabei nicht einengend, sondern erleichternd wirken. Sie soll zur Konkretisierung der Leitlinien dienen und eine Art „Ausführungsanweisung“ sein. Die Arbeitsgruppe ist sich einig, dass eine solche Orientierung wichtig ist, es soll statt „Dienstanweisung“ aber ein anderer Begriff hierfür gefunden werden.

Sollen die Beteiligungskonzepte zu den verschiedenen Bürgerbeteiligungs-Vorhaben in einer Beschluss- oder in einer Mitteilungsvorlage dem Rat/dem Ausschuss vorgelegt werden?

Da die Beteiligung des Rates mit einer Beschlussvorlage eine andere ist, als mit einer Mitteilungsvorlage, wird mit einer Enthaltung dafür gestimmt, dass die Beteiligungskonzepte als Teil der entsprechenden Beschlussvorlagen des Rates und der Fachausschüsse zum Vorhaben/Projekt dem Rat/dem Ausschuss vorgelegt werden sollen.

Wann soll Bürgerbeteiligungs-Moderation verwaltungsintern, wann extern stattfinden?

Die Arbeitsgruppe ist sich über Folgendes einig:

- Die Moderation soll nicht fachlich involviert, sondern neutral sein.
- In der Regel soll der Moderator/-innen-Pool genutzt werden.
- Wenn es nötig sein sollte, können Fachbereiche externe Moderator/-innen einsetzen.

Soll es in den Leitlinien Aussagen zur Bürgerbeteiligung bei Tochtergesellschaften, städtischen Unternehmen (Stadtwirtschaft), privaten Investoren geben?

Mit einer Gegenstimme wird beschlossen:

Zu Tochtergesellschaften der Stadt Detmold soll die Bonner Formulierung übernommen werden. Sie lautet angepasst auf Detmold wie folgt:

Die Stadt Detmold fördert die Realisierung von Bürgerbeteiligung bei den bestehenden Tochtergesellschaften der Stadt. Bei neuen städtischen Gesellschaften und Tochtergesellschaften achtet die Stadt darauf, dass die Realisierung von Bürgerbeteiligung in die Verträge mit aufgenommen wird.

Zu Privaten Investoren wird einheitlich beschlossen:

Die Formulierung von Darmstadt soll übernommen werden und in Richtung Investoren einen Impuls geben. Sie lautet angepasst auf Detmold wie folgt:

Obwohl auch Vorhaben der Stadtwirtschaft und von privaten Investoren das Wohl der Bürgerschaft berühren können, ist eine Verpflichtung zur Anwendung der Leitlinien aus rechtlichen Gründen nicht möglich. In diesen Fällen wird den zuständigen Organen daher empfohlen, freiwillig entsprechend der Leitlinien zu verfahren. Verwaltung und Politik wirken hierauf im Rahmen ihrer Möglichkeiten hin.

Soll es den Grundsatz „Keine Entscheidung bei laufenden Verfahren“ geben?

Hierzu wird einstimmig beschlossen, dass es diesen Grundsatz mit der Einschränkung geben soll „es sei denn, es besteht eine hohe Dringlichkeit“. Diese hohe Dringlichkeit muss ausführlich begründet werden.

Die restlichen zwei Fragen werden auf die nächste Sitzung vertagt.

Ute Ehren erklärt den weiteren zeitlichen Ablauf. Im Juli/August wird der Leitlinien-Text erstellt. Sie fragt, ob die Arbeitsgruppe noch mehr Sitzungen mit externer Moderation braucht. Die Gruppe ist sich absolut einig, dass nach dieser geleisteten Arbeit das Projekt auch gemeinsam mit Marion Stock abgeschlossen werden soll.

Über ein 11. und 12. Treffen soll bei dem nächsten Sitzungstermin, 31. August, beschlossen werden. Ute Ehren bietet den Teilnehmern der Arbeitsgruppe an, den Entwurfs-Text der Leitlinien im KuK-Büro in gedruckter Form anzufordern

Fazit der Sitzung:

- Wir haben konstruktiv gearbeitet und weite Schritte gemacht.
- Es wird gehofft, dass alles – wie von der Gruppe erarbeitet – übernommen wird.
- Die Arbeit konkretisiert sich immer mehr, es wurde viel geschafft mit guten Ergebnissen.
- In der Gruppe herrscht ein gutes Miteinander und es ist beachtlich, wie einvernehmlich alles beschlossen wird.

Zum Abschluss bietet Ute Ehren ihren Besuch in den Fachbereichen an, um die Mitarbeitenden über die Arbeit zu den „Leitlinien Bürgerbeteiligung“ zu informieren.

gez. Ute Ehren
Organisatorin und
Ansprechpartnerin Bürgerdialog

gez. Marion Stock
Stiftung Mitarbeit

Protokollführung und Protokoll-Entwurf
Erika Hannich

Detmold, 05.09.2016

ERGEBNIS-PROTOKOLL

10. Sitzung Arbeitsgruppe Leitlinien Bürgerbeteiligung am 31. August 2016

Beginn: 17.00 Uhr – Ende 21.25 Uhr
Raum: Großer Sitzungssaal, Rathaus

Teilnehmende aus der Verwaltung:

Fachbereich 1 – Bürgerdialog	Frau Ute Ehren
Fachbereich 1 – Finanzen und Steuern	Herr Daniel Klei
Fachbereich 1 – Gleichstellungsstelle	Frau Regina Homeyer
Fachbereich 5 – Tiefbau und Immobilienmanagement	Herr Detlef Wehrmann
Fachbereich 6 – Stadtentwicklung	Frau Antje Hoyer-Witte
Fachbereich 7 – Städtische Betriebe	Herr Bergmann
Fachbereich 8 – Kultur, Tourismus, Marketing	Frau Astrid Diekmann

Frau Sandra Linnenbecker, Fachbereich 2 – Schule, Jugend und Soziales, fehlt entschuldigt.

Teilnehmende aus der Politik

SPD	Ratsfrau Christ-Dore Richter
CDU	sachkundige Bürgerin Lydia Dirksen
Bündnis 90/Die Grünen	Ratsfrau Elke Wittek
Freie Wähler	Ratsherr Rüdiger Krentz
Aufbruch C	sachkundiger Bürger Harry Rein
Detmolder Alternative	Ratsherr Heinz-Jürgen Keller

Die Ratsherren Thomas Trappmann, FDP, und Lothar Kowelek, Die Linke, fehlen entschuldigt.

Teilnehmende aus der Bürgerschaft:

Frau Tina Catterfeld
Frau Karla Friebel
Herr Udo Krumwiede
Herr Thomas Pelz
Herr Rafet Yilmaz

Frau Anika Varnholt fehlt unentschuldigt und Herr Schröder fehlt entschuldigt.

Einführung in den Tag und Protokoll

Zum Protokoll nennt Herr Keller Vorschläge, die den Leitlinienentwurfstext betreffen. Diese werden im weiteren Verlauf der Diskussion des Leitlinientextes an entsprechender Stelle aufgegriffen.

Weitere Anmerkungen zum Protokoll der 9. Sitzung gibt es nicht.

Ute Ehren stellt Julia Janzen als Nachfolgerin von Erika Hannich vor.

Marion Stock bittet um kurze Rückmeldungen zum Entwurf der „Leitlinien Bürgerbeteiligung“. Von den Teilnehmenden kommen folgende Äußerungen:

- Es ist beeindruckend, wieviel zusammen gekommen ist – es ist ein ziemliches Werk.
- Bei dem, was wir uns vorgenommen haben, kommt die Frage nach der personellen Umsetzung auf.
- Toll, was wir aus unterschiedlichen Meinungen für ein Werk gebildet haben. Es macht neugierig, wie alles von der Politik umgesetzt wird.
- Es ist spannend, wie das von den Bürgerinnen und Bürgern aufgenommen wird und wie der Rat beschließen wird.
- Es ist erstaunlich, wie man das alles zusammenbringen konnte, was wir erarbeitet haben. In der Politik wird das nicht so glatt abgehen, auch wegen der Ressourcen, die zur Verfügung zu stellen sind.
- Der Entwurf ist toll, konkret und man hat was an der Hand. Es ist spannend, wie es weitergeht.
- Es ist ein gutes Werk geworden. Das Inhaltsverzeichnis ist wichtig, damit man sich schnell zurechtfindet. Man muss aber auch sehen, dass es nicht noch größer wird, weil dicke Werke nicht gelesen werden.
- Insgesamt findet man sich in dem Entwurf wieder, aber es gibt noch einiges zu diskutieren.
- Man kann gespannt sein, wie die Umsetzung stattfindet und ob die Bürgerinnen und Bürger das tatsächlich so annehmen und ob es ihren Erwartungen entspricht.
- Es ist eine Leistung und positive Überraschung, das so zusammenzubringen. Inhaltlich gibt es wenige Kritikpunkte. Vielleicht muss man ein zweites Exemplar mit niedrigschwelliger, leichter Sprache zur Verfügung stellen. Lange Sätze sollte man in mehrere kurze Sätze aufteilen.
- Schön, was alles im Entwurf steht. Man kann gespannt sein auf die Rückmeldung von allen, die ihn noch nicht gesehen haben.
- Ich hätte am Anfang nicht gedacht, dass es so eine umfangreiche Arbeit geworden ist. Ich freue mich auf die praktische Umsetzung.

Der Hinweis, dass es eine Kurzversion der Leitlinien mit kurzen prägnanten Hinweisen, vielleicht gruppenorientiert, geben sollte, soll weiter verfolgt werden.

Besprechung des vorliegenden Leitlinien-Entwurfes

Vorab bietet Ute Ehren die Möglichkeit an, den Text für die AG-Mitglieder online zu stellen, damit eine Online-Diskussion zum Text möglich wird. Damit könne evtl. eine Sitzung eingespart werden. Weil nicht alle Mitglieder, das als gutes Instrument betrachten, wird die Idee verworfen.

In eingehenden Diskussionen werden folgende Punkte beschlossen:

1. Das Deckblatt soll einen Wiedererkennungseffekt haben. Der Fachbereich Marketing wird hierzu einen Vorschlag erarbeiten, sagt Astrid Diekmann zu. Es wird angeregt, Marketingstrategien zu erarbeiten, so dass z. B. durch Begleitmaterialien die Leitlinien in der Bürgerschaft mehr Aufmerksamkeit erregen.
2. Der Titel des Deckblattes soll „Leitlinien Bürgerbeteiligung in Detmold“ heißen. „Mitgestalten“ soll an anderer Stelle auf dem Deckblatt stehen (wird mit 2 Enthaltungen beschlossen). In den Texten sollte „mitgestaltende“ rausgenommen werden, da „Bürgerbeteiligung“ das schon beinhaltet.
3. Unter F.4 soll es nicht „Liste der Anregungen an die Stadt Detmold“, sondern „Ideen und Vorschläge an die Stadt Detmold“ heißen.

Teile der AG plädieren dafür, zunächst über die Inhalte zu sprechen, um über die Formulierungsfragen nicht die zentralen Inhalte aus den Augen zu verlieren.

Folgende Anregungen, die über redaktionelle Änderungen hinausgehen, wurden von der Gruppe befürwortet:

- Seite 4: Unter „Mitglieder der Arbeitsgruppe – Politik“ muss es „Freie Wähler Detmold“ heißen. Das Wort „Gemeinschaft“ muss gestrichen werden.
- Auf Seite 6 soll es nicht „Ausführungsanleitung“, sondern „Handlungsrichtlinie“ heißen.
- Seite 7:
 - o C.1 Es wird diskutiert, ob die Möglichkeit zur „Mitgestaltung“ oder „Mitwirkung“ an kommunalen Entscheidungsprozessen die treffende Formulierung ist. Die Mehrheit (2 Gegenstimmen) ist dafür, dass es bei „Mitwirkung“ bleibt. Im weiteren Text soll es „sich einbringen und mitgestalten“ heißen (einheitlich).
- Seite 8:
 - o C 1. Die Stufen der Beteiligung (Mitwirkung, Mitentscheidung, Entscheidung) sollen um den Punkt „Information“ ergänzt werden – mit der Klarstellung, dass dies zwar noch keine Beteiligung ist, dass Information jedoch eine wichtige Grundlage für Bürgerbeteiligung ist..
 - o Mitwirkung: Der erste Satz soll so lauten: „Mitwirkung setzt eine frühzeitige Information der Einwohnerinnen und Einwohner voraus“ statt „beginnt mit“.

Weitere kleine Änderungen werden in den nächsten Entwurf eingearbeitet.

Pause mit Imbiss von 18.50 – 19.15 Uhr.

Weitere Besprechung des vorliegenden Leitlinien-Entwurfs

Die Moderatorin Marion Stock weist darauf hin, dass mit der kleinteiligen Diskussion redaktioneller Änderungen der Zeitplan der Sitzungen nicht gehalten werden kann und ein weiterer Termin erforderlich wird, so dass die Vorlage des endgültigen Entwurfs sich vom Februar in die Mai-Sitzung des Rates verschieben würde. Das Angebot das Papier gemeinsam in einem Online-Verfahren zu diskutieren, um den ursprünglichen Zeitplan zu halten, wird von der Gruppe nicht als sinnvoll und gangbar erachtet. Die Arbeitsgruppe entscheidet sich mehrheitlich – mit 3 Enthaltungen – dafür, ein zusätzliches Treffen einzuplanen und die Arbeit gemeinsam mit Marion Stock als Moderatorin zu beenden.

Weitere Diskussion der inhaltlichen Aspekte des Papiers, redaktionelle Änderungswünsche sollen direkt an Ute Ehren/Marion Stock gesendet werden.

- Seite 9-10:
 - o C.2 – wird auf die nächste Sitzung vertagt.
 - o C 2.3 – soll noch einmal durch die Autorinnen überprüft werden.

Frau Friebel verlässt die Sitzung um 20.00 Uhr.

- Seite 13: Vorhabenliste
 - o E.1: Soll die Haushaltsrelevanz ein Kriterium zur Aufnahme von Projekten sein? Es wird einstimmig beschlossen, dass die Relevanz für den Haushalt keine Bedingung sein soll.
 - o
- Seite 14:
 - o E.2: Die Informationen auf dem Vorhabenblatt werden vierteljährlich aktualisiert. Dass kleinere redaktionelle Änderungen zwischenzeitlich erfolgen können, soll nicht explizit erwähnt werden.

Um 20.25 Uhr verlässt Herr Keller die Sitzung.

- Seite 16:
 - o F.3.1: Anregungen zur Vorhabenliste direkt
Der letzte Satz „Eine weitere Anregung zum selben Thema ist nicht zulässig.“ soll erweitert werden um: „es sei denn, es gibt wichtige Kriterien, die das rechtfertigen.“
(einstimmig beschlossen).

Überlegungen zu den benötigten Ressourcen für die Realisierung der Bürgerbeteiligung

Ute Ehren berichtet aus ihren Sachstandsdarstellung zu den Leitlinien in den Fachbereichen. Von vielen wird kritisch betrachtet, wieviel Mehrarbeit und Personal-Einbindung durch die Leitlinien Bürgerbeteiligung evtl. entstehen. Der Wunsch der Fachbereiche ist, dass die Ressourcenfrage, in den Leitlinien thematisiert wird, und zusätzlich erforderliche Ressourcen ausgeglichen werden.

In dem anschließenden Brainstorming gab es beispielhaft folgende Äußerungen:

- Aufwand muss deutlich gemacht werden
- es muss klare Aussagen geben
- nach einem Jahr soll eine Evaluation erfolgen
- Ressourcen für die Koordinierungsstelle müssen verankert werden
- Wer kann das in den Fachbereichen machen? Qualifizierung – Personalmittel
- Verfahrensdokumentation muss zu Folgerungen führen
- Kann man eventuell andere Projekte weglassen?
- evtl. Aussage „so viel mehr, dann schauen“ (wo wirklich mehr Arbeit anfällt)
- Wie viele Sachkosten werden anfallen?
- es wird viel mehr Aufwand an Öffentlichkeitsarbeit anfallen
- Personalbedarfe mit unterschiedlichen Anforderungen

Es wird festgehalten, dass der Gesamtvorstand und der Rat Ressourcen, die evtl. zusätzlich erforderlich sind, bereit zu stellen. Es muss eine Personalbedarfsrechnung geben, die im Vergleich mit anderen Kommunen entsteht. Marion Stock fragt in Bonn und Heidelberg nach, ob und ggf. welche Personalbedarfe sich dort verändert haben.

Marion Stock fragt, ob bis zum nächsten Treffen etwas geklärt werden soll, was die weitere Diskussion bereichert? Folgende Antworten sollen zu Protokoll genommen werden:

1. Für die Fraktionen wäre es hilfreich, wenn die Fachbereiche sagen können, ob ihnen eine zusätzliche Stelle oder mehr Geld helfen würde. Die Mitglieder der AG werden dazu angeregt, bis zum nächsten Treffen Aussagen hierzu zu formulieren.
2. In den Fachbereichen würde es helfen, wenn mehr Fakten und Zahlen offenliegen würden, anstatt über Vermutungen und Befürchtungen zu sprechen.
3. Wenn man von anderen Städten etwas erfahren kann, hilft das ebenfalls.
4. Personalbedarfe müssen vom Verwaltungsvorstand und Personalbereich klargestellt werden. Wenn möglich soll bis zum nächsten Treffen erste Überlegungen zu einer Personalbedarfsberechnung angestellt werden.

Abschluss und Ausblick auf das weitere Vorgehen

Ein neuer Termin für das nächste Treffen wird so schnell wie möglich bekannt gegeben. Des Weiteren wird Ute Ehren einen neuen Zeitplan erstellen.

gez. Ute Ehren
Organisatorin und
Ansprechpartnerin Bürgerdialog

gez. Marion Stock
Stiftung Mitarbeiter

Protokollführung und Protokoll-Entwurf
Erika Hannich